

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postpartassalanto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16—Kč vierteljährlich 48—Kč, halbjährig 96—Kč, ganzjährig 192—Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120—SK, für Deutschland 16—Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Truppenkonzentration um Steinamanger.

Patrouillengefächte — Schützengraben.
Wien, 23. September. (Tsch. P.-B.) Die Abendblätter berichten, daß seit gestern die Bandenbewegung wieder im Zunehmen begriffen sei. An manchen Stellen der westungarischen Grenze ist es sogar zu kleineren Patrouillengefächten gekommen. Immer mehr verdichten sich die Nachrichten, daß im Raume um Steinamanger nicht nur eine Bandenbewegung, sondern auch eine starke Truppenkonzentration im Zuge ist. In der Linie Kitzsee bis Esorna sind starke Truppen angesammelt. An der steierischen Grenze heben ungarische Banden im Verein mit regulären Militärtruppen aus.

Kriegerische Vorbereitungen der Karlisten.

Wien, 23. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Nachrichten aus dem Burgenland berichten von den kriegerischen Vorbereitungen der Karlisten, die das Burgenland besetzt haben. Es wird gemeldet, daß in Wolfsau ungarisches Militär eingerückt ist, dem Handgranaten und sonstige Munition nachgeführt werden. Die Bevölkerung wird drangsaliiert und es werden auch Kontributionen eingehoben. Der ungarische Kommandant hat Befehl gegeben, daß nach acht Uhr niemand auf der Straße sein dürfe. In der Gegend von Anhan wurden Schützengräben ausgehoben, die mit Militär besetzt sind. Auch in Oberwörth und Rotturm hat ungarisches Militär das ganze Gebiet abgesperrt. Die magyarischen Truppen exerzieren täglich. Der Bahnhof Pahrensdorf wurde gestern von etwa 300 bewaffneten Ungarn, die von Budapest gekommen waren, besetzt. Sie hatten auch Maschinengewehre mit und haben einen Zug der von Budapest kam, am Weiterfahren verhindert. Sie sprachen die Absicht aus, in der kommenden Nacht Bruck a. L. anzugreifen.

„Sofort räumen!“ — Eine Note der Botschafterkonferenz.

Paris, 23. September. (Agence Havas.) Die Botschafterkonferenz hat dem Vorsitzenden der magyarischen Delegation auf der Friedenskonferenz Praxynovsky eine Note übersandt, worin Magyaren aufgefordert wird, das Burgenland ehealdigst und zur Gänze zu räumen. Sollte sich Magyaren weigern, so wären die verbündeten Regierungen zu Zwangsmaßnahmen genötigt.

Die Zusammenkunft Benesch mit dem österreichischen Kanzler.

Bregenz, 23. September. (Tsch. P.-B.) Heute um die 10. Vormittagsstunde traf Minister Dr. Benesch mit dem Bundeskanzler Schober in Gaißburg zusammen, wo er sich bis in die Nachmittagsstunden aufhielt. Er war vom Ministerialrat Strimpl und Legationsrat Masaryk begleitet. Die Konferenz begann um dreiviertel 10 Uhr Vormittag. In den Besprechungen der Minister wurden neben den Fragen der allgemeinen Politik, die westungarische Frage und die Möglichkeit einer raschen, die Ruhe und den Frieden in Mitteleuropa verbürgenden Lösung eingehend erörtert. Die Konferenz dauerte bis gegen 1 Uhr Nachmittag, worauf der tschechoslowakische Minister des Außern nach Bregenz zurückfuhr.

Wien, 23. September. (A. B.) Der Ausschuh für Neuheres setzte heute nach-

mittags die Beratungen fort und nahm den Bericht des Bundeskanzlers Schober über seine Unterredung mit Minister Benesch entgegen. An die Ausführungen des Bundeskanzlers schloß sich eine Debatte, in der die Abgeordneten Seih, Renner, Dinghofer, Mataja, Seipel, Bauer, Miklas, Leuthner und Bundesminister Vaugoin sprachen. Im Laufe der Debatte stellte Seipel den Antrag, die Sitzung des Ausschusses bis morgen Vormittag zu vertagen. Dieser Vertagungsantrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr vormittag.

Die Demission des Ministers Hotowek.

Die Zeitungen berichten, Minister Hotowek habe seine Demission überreicht, weil der Ministerrat seinen Antrag, das Gesetz betreffend die Erhöhung der Zölle auf Automobile und Automobilbestandteile an die Nationalversammlung zurückzuleiten, ablehnte. Die Meldung dürfte in dieser Fassung für das Publikum ziemlich unverständlich sein. Die Angelegenheit, um die es hier geht, hat aber eine so große fachliche und prinzipielle Bedeutung, daß sie einer näheren Aufklärung dringender bedarf.

Im Abgeordnetenhause brachte der nationaldemokratische Abg. Ing. Novak einen Antrag ein, durch welchen die Einfuhrzölle auf Automobile und Automobilbestandteile in solchem Maße erhöht werden, daß eine Einfuhr derselben nahezu unmöglich gemacht wird. Die Folge davon ist, daß die im Inland erzeugten Automobile ungeheuer verteuert werden. Es handelt sich also zum ersten Male seit dem Untergang um die Einführung eines Prohibitivzollens für eine bestimmte Industrie, eines Zolles somit, der dieser Industrie die ausländische Konkurrenz vom Halbe hält und ihr eine solche Monopolstellung schafft, daß sie die Preise diktiert kann. Sie wird natürlich einen großen Teil des Zolles auf die Preise zuschlagen, gerade soviel, als notwendig ist, um die ausländische Konkurrenz zu verhindern. Das Gesetz wurde in beiden Häusern gegen die Stimmen der deutschen Sozialdemokraten angenommen; in Senate war es insbesondere Gen. Dr. Heller, der in einbringlichen Worten vor der Annahme dieses Gesetzes warnte. Nun hat sich offenbar im Ministerrat Dr. Hotowek gegen dieses Gesetz ausgesprochen, fand aber nicht die Zustimmung seiner Kollegen und demissionierte.

Uns kann es gewiß gleichgültig sein, ob Luxusautomobile teuer oder billig sind. Darum handelt es sich aber hier nicht. Denn Automobile u. z. sowohl Personen- als ganz besonders Lastwagen sind heute zum weitaus größten Teile keine Luxusgegenstände mehr, sondern unumgänglich notwendige Betriebsmittel zahlreicher Industrien, aber auch zahlreicher öffentlicher Korporationen, wie des Staates (wobei wir nicht an die vielen überflüssigen Autos der Beamten denken), der Städte usw. Das allgemeine Interesse erfordert daher, daß die Autos so billig als möglich, was vielleicht noch wichtiger ist, so gut und dauerhaft als möglich sind, daß also die ausländische Konkurrenz im weitesten Ausmaße zugelassen wird. Es ist nämlich eine offene Tatsache, daß die inländischen Fabriken minderwertige Fabrikate liefern, deren Lebensfähigkeit bei weitem nicht jene der Ausländer, insbesondere der Deutschen, Franzosen, Italiener und Oesterreicher erreicht. Dies hatte zur Folge, daß die inländischen Fabriken keinen Absatz hatten und vielfach zu großen Betriebseinsparungen schreiten mußten. Hiedurch wurden Hunderte von Metallarbeitern brotlos. Dies trifft insbesondere bei der größten inländischen Fabrik, der Firma Laurin & Klement u. G. in Jungbunzlau zu. Und hier liegt nun die große Bedeutung dieser Dinge für uns als Vertreter der Arbeiter. Eine Schicht von Arbeitern ist insol-

ge der ausländischen Konkurrenz brotlos. Das Interesse der Gesamtarbeiterschaft fordert aber die Zulassung dieser Konkurrenz, um bessere und dauerhaftere Ware zu erlangen. Es war ganz bezeichnend, daß während der Debatte im Senat ungefähr 40 Arbeiter der Firma Laurin & Klement auf der Gallerie zuhörten in den Kulirts ein Agent der Firma die tschechischen Parteiführer bearbeitete. Es ist fraglos, daß hier die Arbeiter im besten Glauben handelten und doch nur Werkzeuge der kapitalistischen Interessen der Fabrikleitung waren. Von der edelhaften Demagogie, mit der die tschechischen sozialistischen Parteien angeht, der auf der Gallerie befindlichen Arbeiter einander in der Verteilung dieses arbeiterfeindlichen Gesetzes, dessen Urheber der Abg. Ing. Novak eine leitende Rolle im Industriellenverband spielt, überboien, soll hier weiter nicht gesprochen werden.

Es wiederholt sich hier ein Vorgang, der im alten Oesterreich so oft beobachtet wurde — nämlich die Absperrung gewisser Industrien vor der ausländischen Konkurrenz. Wir erinnern an das berühmte Eisenartell, das durch Hochschutzzölle geschützt, nicht nur die Preise diktierte, so daß der österreichische Staat jeden Waggon doppelt so teuer bezahlen mußte als Deutschland, sondern auch durch Verweigerung der Lieferung die Gründung jeder Eisen verarbeitenden Industrie hindern konnte. Eine weitere, ungemein schädliche Folge der Hochschutzzölle bestand aber auch darin, daß die betreffende Industrie infolge Mangels einer Konkurrenz technisch zurückblieb, keine Interesse daran hatte, den Produktionsprozeß zu beschleunigen, zu verbilligen und zu verbessern. Es ist erwiesen, daß diese Industrie durch die ungeheuer hohen, die übrige Industrie schwer schädigenden Preise, die ihr im Inland infolge ihrer Monopolstellung bezahlt werden mußten, ins Ausland zu weit billigeren Preisen lieferte — eine Erscheinung, die ja nicht nur in Oesterreich beobachtet wurde, sondern auch in den anderen Ländern, in denen dieses Zollsystem herrschte. Eine ganz ähnliche Stellung mußte sich die chemische Industrie, insbesondere die chemische Fabrik in Ruzsig zu verschaffen. Dieser unerträglich Zustand wurde in Oesterreich nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von den Tschechen heftig bekämpft. Der Kampf, den sie gegen den allmächtigen Leiter der Prager Eisen-Industriegesellschaft, Kestranek führten, ist noch in unserer Erinnerung. Und das, was die Tschechen in Oesterreich bekämpften, unterstützen sie nun in ihrem Staat. Daß dies die bürgerlichen Parteien tun, ist weiter nicht verwunderlich, wenn es auch eine ungemein kurzfristige Wirtschaftspolitik ist, die sie treiben. Aber die Aktien der Firma Laurin & Klement gehören zum größten Teile der Zivnostenska banka, und der Einfluß dieser Bank ist ja ein übermäßiger. Die Stellung der tschechischen sozialistischen Parteien haben wir bereits gekennzeichnet. Dieser Fall ist aber deshalb so wichtig, weil die Hochschutzzollpolitik konsequent durchgeführt zum Ruin unserer Industrie führen muß. Die Tschechoslowakei ist ein Staat mit einer ungeheuren, zu seiner Bevölkerungszahl in kleinem Verhältnis stehenden Industrie. 80% der Industrie des früheren Oesterreich-Ungarn befindet sich im Bereiche unserer Republik. Ein geringer Bruchteil der Produkte dieser Industrie kann im Inland abgesetzt werden, der weitaus größte Teil ist auf Export angewiesen. Wir glauben nicht, zu hoch zu schätzen, wenn wir behaupten, daß mindestens 70—80% der Erzeugnisse unserer Textil- und Maschinenindustrie im derzeitigen Inland nicht abgesetzt, sondern ausgeführt werden müssen. Dem gegenüber reicht die Produktion der Landwirtschaft nicht aus, um die Bevölkerung zu ernähren. Getreide und Futtermittel müssen importiert werden. Dasselbe gilt von zahllosen Roh-

stoffen, welche unsere Industrie braucht wie z. B. Wolle, Baumwolle, Kautschuk, Zinn, Zink und zahllose andere. Diese Waren — Lebensmittel, Futter und Rohstoffe — müssen aber zum sehr großen Teile aus Ländern bezogen werden, welche eine hochwertige Valuta haben, welche also immens teuer sind. Dazu kommt aber noch, daß wir auch viele Maschinen, Bestandteile und Werkzeuge, die im Inlande nicht oder in nicht entsprechender Qualität erzeugt werden, importieren und teuer bezahlen müssen. Wie erfolgt diese Bezahlung? Doch nur auf die Art, daß wir exportieren. Von Zucker und Holz abgesehen sind wir auf den Export von Industrieprodukten angewiesen. Wir müssen daher alles tun, um den Export zu fördern. Wir sind nicht der Ansicht, daß immer und unter allen Umständen der absolute Freihandel am Platze ist. Ein Land mit einer sich erst entwickelnden Industrie braucht vielleicht bis zu einem gewissen Grade sogar Schutzzölle. Ein Land, mit einer so entwickelten Industrie, ein Land, das geradezu an einer Hypertrophie an Industrie leidet, wie es bei der Tschechoslowakei der Fall ist, ruiniert diese Industrie und damit eine der Hauptgrundlagen seiner Wirtschaft, wenn es sich absperret und das Ausland zu Vergeltungsmaßnahmen treibt. Für ein solches Land ist die Politik der Handelsverträge, eine Politik mit möglichst geringen Zöllen eine Selbstverständlichkeit. Und wenn es eine Industrie gibt, welche die ausländische Konkurrenz nicht aushält, so ist ihr nicht mit Prohibitivzöllen, sondern nur von innen heraus zu helfen, durch Verbesserung und Verbilligung der Produktion, durch Anpassung ihrer technischen Einrichtungen an die modernen Fortschritte und Erfahrungen. Kann oder will sie das nicht, so ist der Untergang einer einzelnen Industrie noch immer wirtschaftlich vorteilhafter, als die gesamte Industrie der Gefahr des Ruins ausgesetzt. Wir haben ein Beispiel aus den jüngsten Tagen. Die Tschechoslowakei hat die Einfuhr von Pflaumen aus Jugoslawien verboten. Dieses antwortete sofort mit einem Einfuhrverbot für die wichtigsten Exportartikel unserer Industrie. Die Folge ist, daß sich dort die ausländische Konkurrenz festsetzen wird, daß dieser Markt unserer Industrie verloren gehen wird. Solche Beispiele einer wirtschaftspolitischen Liefersich vervielfältigen. Und so gewinnt dieses Gesetz als der erste Schritt auf einem unheilvollen Wege eine ungeheure Bedeutung. Sowie wir vom ersten Tage an gegen die von der Regierung betriebene Absperrungspolitik gewarnt haben, so erheben wir auch heute unsere warnende Stimme gegen diesen ersten Versuch, im Interesse einer Kapitalistengruppe eine Zollpolitik zu treiben, die das Ausland erbittert, zu Vergeltungsmaßnahmen zwingt und alles das, was wir aus dem Ausland beziehen müssen, ungeheuer verteuert. Wir fordern vielmehr Handelsverträge, vor allem das Inkrafttreten des mit Deutschland schon vor mehr als einem Jahre abgeschlossenen, Handelsverträge mit Rußland, mit Deutschösterreich, Polen, Ungarn, Rumänien, kurz allen jenen Staaten, die uns geben können, was wir brauchen, und an die wir unseren Uebersehuh absetzen können.

So verschafft sich Minister Hotowek, der gegen dieses Gesetz auftritt, und dem wir sonst wahrhaftig keine Träne nachweinen, wenigstens einen anständigen Abgang. Daß aber auch in dieser Frage, die doch wirklich mit nationalen Dingen nicht das mindeste zu tun hat, die sozialistischen Parteien verschiedener Meinung sind und im Parlament gegeneinander stimmen, zeigt, daß die Differenzen zwischen ihnen viel tiefer gehen, daß sie nicht um die nationale Frage trennen, sondern grundlegende Auffassungen in wirtschaftlichen und politischen Dingen. Hierüber ein andermal.

Selbstbestimmungsrecht und Klassenkampf.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war eine der Hauptforderungen der bürgerlichen Revolution. „Alle Souveränität dem Volke“, so lautete der Grundsatz, den die französische Nationalversammlung von 1789 an die Spitze der Verfassung stellte. Nicht Könige und Kaiser, sondern das Volk selbst sollte seine Geschicke bestimmen, sein Schicksal formen. Aber das Bürgertum verriet, sobald es einmal gesiegt hatte, seine eigenen Forderungen. Im Kampfe gegen die nachdrängende, vom Bürgertum ausgehende Arbeiterklasse konnte es seine einseitigen Parolen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht brauchen. Das deutsche Proletariat wurde damit nicht nur der Erbe der klassischen deutschen Philosophie, Kant's, Fichtes und Hegels, sondern der Erbe auch der bürgerlichen Revolution. Als in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts Polen seinen denkwürdigen Befreiungskampf gegen den blutigen Zarismus führte, trat Marx mit seiner ganzen Leidenschaft für Polens Selbstständigkeit ein, und verlangte für Polen das Selbstbestimmungsrecht. Es war eine der ruhmvollsten Aufgaben der Arbeiterklasse, sich zu allen Zeiten der Unterdrückten aller Völker anzuschließen und gegen die nationale Unterdrückung eines Volkes durch das andere ebenso zu kämpfen, wie gegen die soziale Unterdrückung des Arbeiters durch die Bourgeoisie. An diese Tradition hat auch Lenin angeknüpft, als er die Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker annahm, Geist in diesem sozialistischen Geiste war der Kampf, den die deutschen Sozialdemokraten Böhmens, Mährens und Schlesiens in den Tagen zwischen dem Krugende und den Friedensschlüssen von Versailles und St. Germain um ihr Selbstbestimmungsrecht als ein Teil der gesamten deutschen Sozialdemokratie führten. Die sozialistische Internationale hat auf ihrer Konferenz in Bern 1919 den sozialistischen Charakter und die sittliche Berechtigung dieses Kampfes anerkannt.

Durch den Frieden von St. Germain sind die Deutschen der Sudetenländer dem tschechoslowakischen Staat einverleibt, Staatsbürger dieser Republik geworden. Obwohl dies nicht aus ihrem freien Willen hervorging, war es doch eine geschichtliche Tatsache geworden und es hieß nun für die deutsche Sozialdemokratie dazu Stellung nehmen. Welche Aufgabe erwuchs uns aus den geänderten Verhältnissen? Wir mußten auf einen anderen historischen Boden den Klassenkampf führen, unter geänderten historischen Bedingungen die Sachwalter der kämpfenden Arbeiterklasse sein. Das Ziel des Klassenkampfes des Proletariates gegen die Bourgeoisie, zu dem wir uns bekennen, ist kein anderes, als die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Gemeinsamkeit mit den Proletariern der ganzen Welt, in erster Linie naturgemäß Schulter an Schulter mit den Proletariern des neu entstandenen Staates, mit der tschechischen, slowakischen, magyrischen und polnischen Arbeiterklasse. Dazu ist jedoch notwendig die Verständigung mit den Arbeitern der anderen Nationen über die nächsten Kampfziele. Wir standen also 1919 vor demselben Problem, vor dem die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs 20 Jahre vorher gestanden hatte, als sie ihr nationales Programm zu geben sich anschickte. Unter Anlehnung an das damals zustande gekommene sogenannte Brünner Programm von 1899 schufen wir uns das Teplitzer Programm, welches in Wahrheit nichts anderes ist, als die Anpassung des alten Brünner Nationalitätenprogrammes an die 1918 geänderten europäischen Verhältnisse. Wir gingen hierbei nicht etwa einzig und allein vom Interesse der deutschen Arbeiter dieses Staates aus, sondern vom gesamtproletarischen Interesse, wie dies Seliger damals in seiner großen Rede ausgesprochen hat: „Wir haben bei der Bestimmung unseres Verhältnisses zu diesem Staate und der nächsten Politik auszugehen von dem Gesamtinteresse des internationalen Proletariats, weil wir uns dessen bewußt sind — und das ist die Grundlage unserer Politik überhaupt — daß wir nichts anderes sind, als ein Teil des gesamten Proletariates und auf dem Boden, auf dem wir gestellt sind, nichts anderes zu tun haben, als für unseren Teil auf diesem Boden unter feinen bestimmten Verhältnissen den Kampf des internationalen revolutionären Proletariates zu führen“. Diesen internationalen Kampf zu ermöglichen, sollte das Teplitzer Programm dienen. Es sollte ein Mittel sein, die nationale Frage als Hindernis des Zusammenwirkens deutscher und tschechischer Arbeiter aus dem Wege zu räumen, ein Programm auszuführen, das in Brünn deutsche und tschechische Sozialdemokraten gemeinsam beschloßen haben, dem Lande sollte es den nationalen Frieden geben und damit den Boden für den internationalen Klassenkampf schaffen.

Es ist daher ganz falsch, wenn kommunistische Blätter, wie der Reichsberger „Vorwärts“ vom 17. September behaupten, daß

sich die Sozialdemokratie „heute auf den Standpunkt stellt: erst die Regelung der nationalen Frage, dann der Klassenkampf“. Wir wundern uns nur, wie Leute, die einst Sozialdemokraten gewesen sind, so rasch vergessen können. Die Sozialdemokratie ist stets für eine ganze Reihe von Forderungen aufgetreten, aber nie ist uns eingefallen, zu sagen, die oder jene Forderung wollen wir zuerst erfüllen haben, dann können wir über alles andere reden. Wir haben im alten Oesterreich gleichzeitig um das allgemeine Wahlrecht, den Achtstundentag, die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Demokratisierung der Verwaltung, die Lösung der nationalen Frage durch Umwandlung Oesterreichs in eine demokratische Staatenföderation gekämpft und haben diese Forderungen niemals nummeriert, wiewohl wir auch im Sinne Lassalles zu gewissen Zeiten zur Erreichung einer bestimmten Etappe unsere Hauptkräfte auf die Durchsetzung einer Forderung vereinigen. Denn wir wußten, die Erfüllung dieser Forderungen, die Reihenfolge, in der sie geschehen kann, hängt nicht von uns, sondern auch von unserem Klassengegner, der ganzen Entwicklung der Machtverhältnisse und der Haltung der Weltöffentlichkeit. Wir haben für die Regelung der nationalen Frage gekämpft und zugleich mit aller Schärfe die bürgerlichen Klassen des alten Oesterreich bekämpft. Und auch ein zweites Argument, das uns die Kommunisten entgegenhalten, ist ganz falsch. Sie betreiben uns mit dem Selbstbestimmungsrecht auf das Kommen der sozialistischen Gesellschaft. Wenn dies heißen soll, daß die wahre Selbstregierung der Völker erst der Sozialismus bringen wird, da die Menschen frei über ihr politisches und wirtschaftliches Schicksal entscheiden werden, da sie den Arbeits- und Verteilungsprozeß auf der ganzen Welt nach einheitlichen Gesichtspunkten regeln werden, dann ist dies für uns keine neue Wahrheit, denn das weiß jeder von uns, seitdem er Sozialist ist. Es ist dies keine kommunistische Heilslehre, die erst jetzt neu entdeckt wurde. Diese allgemeine Wahrheit darf aber nicht dazu benützt werden, um eine andere Wahrheit zu verbergen, daß nämlich die nationale Frage auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft einer gewissen Lösung zugeführt werden kann, einer solchen Vereinigung, die das internationale Zusammenwirken der Arbeiter, den gemeinsam in eiserner Geschlossenheit geführten Kampf gegen den Kapitalismus ermöglicht. Mit der nationalen Autonomie muß man nicht warten, bis zu dem Tage, da die letzte Schlacht zwischen Kapitalismus und Proletariat geschlagen werden wird. Man möge doch nur die Geschichte des tschechischen Volkes betrachten. Die Tschechen haben für ihre Nation das Selbstbestimmungsrecht dadurch verwirklicht, daß sie die habsburgische Knechtschaft abwarfen und einen eigenen Staat begründeten. Deswegen ist auch die Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen nicht eine Forderung, die man verschieben muß bis zur sozialen Revolution des Proletariates gegen die Bourgeoisie, zur Durchführung der sozialistischen Gesellschaft, sondern eine politische Forderung, deren Erfüllung innerhalb der kapitalistischen Ordnung sehr wohl möglich ist. Und es irren auch diejenigen, die uns wie, die tschechischen Genossen, vorwerfen, daß unter solchen Umständen ein gemeinsamer Kampf des deutschen und tschechischen Proletariates nicht möglich sei, wenn die deutsche Sozialdemokratie an dem Selbstbestimmungsrecht festhält. Eine solche Politik ist nicht, wie man jetzt zu sagen pflegt, eine Politik der Negation. Auch das hat bereits Seliger in seiner Eröffnungsrede auf dem Teplitzer Parteitag am 30. August 1919 klar ausgesprochen und diese Worte haben heute ebenso Geltung, wie damals: „Wenn die Tschechen versuchen, ihren Staat so zu bauen, daß sich alle, wie Deutsche, Polen, Ruthenen, Slowaken, Magyaren wie zu Hause fühlen, als Freie unter Freien, als Gleiche unter Gleichen, so werden sie zwar niemals ein schriftliches Bekenntnis von einem dieser Völker bekommen, aber in ihren Handlungen, in ihrem ganzen Verhältnis zum Staate wird sich ausdrücken das Bekenntnis zu ihm“. Das ist eben der Unterschied zwischen einer demokratischen Politik, wie sie die deutsche Sozialdemokratie und zwischen einer imperialistischen Politik, wie sie etwa die tschechischen Nationaldemokraten verfolgen. Während die letzteren glauben, die einzige Möglichkeit, die Deutschen zu loyalen Staatsbürgern zu machen, bestehe darin, sie mit Gewalt niederzuhalten und einzuschüchtern, glauben wir, daß wenn das tschechische Volk getrieben und gedrängt durch die tschechische Sozialdemokratie gegenüber den Deutschen in diesem Staate eine Politik verfolgt, deren Wirkung es wäre, daß sich alle Völker in diesem Staate als Freie unter Freien, als Gleiche unter Gleichen fühlen, daß es dann ein Bekenntnis zu seinem Staate in den Handlungen der anderen Völker bekommen wird, das tausendmal wertvoller ist als alle papierernen Deklarationen.

Daß die Kommunisten gerade jetzt im Gegenstreit zu Marx und Lenin eine Ideologie konstruieren wollen, wonach sich Selbstbestim-

mungsrecht und Klassenkampf gegenseitig ausschließen, hat seinen guten Grund. Sie stehen jetzt vor der Vereinigung mit Bohumir Smeral, der auf dem September-Parteitag 1920 mit Enthusiasmus die Integrität der Grenzen der tschechoslowakischen Republik als kommunistischen Grundsatz verkündet hat. Der erwähnte Artikel im „Vorwärts“ und die ganze jetzt in allen kommunistischen Versammlungen verzapfte Ideologie ist nichts anderes als das Eindringen des Smeralismus in die Reihen der deutschen kommunistischen Partei. Nicht aus irgend einem Prinzip heraus, sondern aus reinem Opportunismus, aus Gelegenheitspolitik verwerfen die deutschen Kommunisten jetzt den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Man sollte glauben, daß Staatsgrenzen für Kommunisten, die sich doch in allem so radikal gebärden und sich für die Anhänger der reinsten Lehre des Sozialismus halten, noch weniger Bedeutung haben, als für uns. Aber dem ist nicht so. Die Kommunisten haben es sich auch sehr leicht gemacht. Sie haben sich überhaupt kein nationales Programm geschaffen, wenn man von ein paar allgemeinen nichtssagenden nationalpolitischen Bemerkungen — und nichts anderes sind die Beschlüsse ihres Reichsberger Parteitages — absteht. In Wirklichkeit haben sie kein konkretes, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechendes Programm, weil Smeral so etwas nicht brauchen kann.

Wir aber halten fest an unserem Teplitzer Programm. Wir haben uns von den heutigen Führern der Kommunisten im Jahre 1918 nicht dazu hinreichend lassen, Schützengräben am Feschen und am Jaberlicher Berge zu bauen, weil wir wußten, daß ein so unüberlegtes Vorgehen zu einem nutzlosen Blutbade unter der deutschen Arbeiterschaft geführt hätte. Auf uns kann es daher beim besten Willen, uns in den Gedankengang der deutschen Kommunisten hineinzudenken, keinen Eindruck machen, wenn dieselben Leute, die damals nach Pulver und Blei gerufen haben, heute das Selbstbestimmungsrecht als einen historischen Irrtum hinstellen. Auf die Bahn der opportunistischen Opferung eines alten sozialistischen Prinzips, das schon Karl Marx verfochten hat, können wir den Kommunisten nicht folgen.

Aber auch unseren tschechischen Genossen möchten wir sagen, daß die Idee des Selbstbestimmungsrechtes, für die das tschechische Volk jahrhundertlang einen heroischen Kampf geführt hat, nicht als einen Popanz betrachten mögen, als eine Teufelei, die den tschechischen Staat täglich und stündlich bedroht. Unsere tschechischen Genossen mögen sich einmal in das Studium des Brünner Programms versetzen, es mit dem Teplitzer Programm vergleichen und uns dann sagen, ob nicht in beiden Programmen dasselbe Prinzip verfochten ist. Eingedenk der alten ruhmvollen Kampfgemeinschaft mögen sie uns endlich einmal in programmatisch zugeschnittener Form sagen, wie sie sich die Lösung der nationalen Frage in diesem Staate vorstellen, die das Hindernis des gemeinsamen Vorgehens zwischen der deutschen und tschechischen Arbeiterschaft geworden ist. Nicht nur für uns, sondern auch für die tschechische Sozialdemokratie ist die Hinterräumung dessen was uns trennt, eine Frage von der allergrößten Bedeutung und angesichts der immer drohenden sich erhebenden europäischen Reaktion von Dringlichkeit. Sind die beiden Auffassungen einmal programmatisch formuliert, dann ist die nächste Etappe, ein gemeinsames Programm zur Lösung der nationalen Frage in diesem Staate anzustreben, hinter das wir die geeinte proletarische Kraft dieses Staates und damit den Gesamtwillen des internationalen Proletariates der ganzen Welt stellen können. Wahrscheinlich, es wäre Zeit, an diese große historische Aufgabe, die uns beiden gestellt ist, heranzutreten, denn die Einigung des deutschen und tschechischen Proletariates ist die besondere historische Sendung des Sozialismus in diesem Staate.

Inland.

Das moralische Recht auf Herrschaft. Das Abendblatt des „České Slovo“ vom Donnerstag wendet sich gegen den von uns im gestrigen Blatte wiedergegebenen Artikel der „Tribuna“, in welchem erklärt wurde, daß es niemals gelingen wird, aus dem tschechoslowakischen Nationalitätenstaat einen Nationalstaat zu machen und daß es deshalb nötig sei, daß die Tschechen nunmehr nach den vielen Reden ein genau detailliertes Programm zur Lösung der nationalen Frage ausarbeiten. Der Artikelsschreiber des „České Slovo“ weist diese Aufforderung an die Tschechen weit von sich. Und es ist leider sehr bezeichnend dafür, bis zu welchem Grade die Verwirrung moralischer Begriffe den Geist der heutigen tschechischnationalen aller Schattierungen bereits erfaßt und vergiftet hat, daß der nationalsozialistische Autor vernimmt, moralische Gründe gegen die Ansicht der „Tribuna“ geltend machen zu können. Die Moral, die diese Gründe stützen soll, ist allerdings sehr ansehnlich. „Der tschechoslowakische Staat“, heißt es

in dem Artikel, „ist ein Nationalstaat in dem Sinne des Staates, daß sich in ihm und nur in ihm das Selbstbestimmungsrecht des tschechoslowakischen Volkes erfüllt. Der Ausgleich mit den Deutschen hat gerade dadurch ein scharf abgegrenztes Feld, daß dieser Staat als Nationalitätenstaat seine raison d'être zu deutsch: (Existenzberechtigung) verlieren würde und Betrachtungen über das tschechoslowakische deutsche Verhältnis können keine zahlenmäßigen Betrachtungen sein, sondern sie müssen stets erstlichen aus dem sittlichen Recht unserer Nation auf Selbstbestimmung.“ Worin aber dieses Recht der tschechischen Nation auf Selbstbestimmung bestehen soll, ersieht man aus einer anderen Stelle des Artikels in der es heißt, daß jeder, der im tschechoslowakischen Staat politisch tätig sein will, unabweislich anerkennen muß, daß die tschechoslowakische Nation um jeden Preis verhindern wird, daß ihre Republik ein Werkzeug fremden Willens werde.“ Es wird also das Recht des tschechoslowakischen Volkes auf die ausschließliche diskretionäre Gewalt in diesem Staate ethisch zu begründen gesucht und gefordert, obwohl es jedem, der nicht durch nationallistisch-imperialistischen Machtraud verblendet ist, auf den ersten Blick einleuchtet, daß ein Staatsgebilde, zu dem mehrere Nationen und noch dazu von angemessener Stärke gehören, nur dann seine moralische Existenzberechtigung nachweisen kann, wenn es in keiner wie immer gearteten Weise den ausschließlichen Interessen, seien diese nun geistiger, sittlicher oder materieller Natur, bloß einer von diesen Nationen dient, sondern gleichmäßig die Förderung aller seiner Völker zum Ziele hat. Die einseitige Bevorzugung einer Nation in einem tatsächlich gemischtnationalen Staat kann seine Existenz niemals moralisch begründen, wohl aber gewaltpolitisch, imperialistisch. Die Ausbeutung und Untermäßigkeit der politischen ohnmächtigen Völker ohne Rücksicht auf Recht und Moral durchzusetzen trachten. Dagegen wird der natürliche Freiheitsinstinkt aller aufrechten Menschen sich stets zur Wehre zu setzen wissen, Darunter täten die Tschechen wahrlich besser, statt den verbesserten Muster des magyrischen Nationalstaates nachzujagen, was schließlich auf ihren nationalen Interessen zum Unheil gereichen muß, sich in einem freien Völkerstaate mit der Rolle des primus inter pares, des Ersten unter Gleichen, zu begnügen, eine Stellung, die ihnen zahlenmäßig zukommt und allen eiteln Irrefassung („to fangliciarství“ wie es die Masarykschule seiner Zeit treffend nannte), endlich im Interesse des eigenen nationalen Gedeihens und kulturellen Aufstiegs aufzugeben.

Die gelungene Probe. Die Brünner kommunistische „Robnost“ hat eine Probe auf die tschechoslowakische Pressefreiheit gemacht und in einwandfreier Weise das zweierlei Maß, nach dem die Zensur gehandhabt wird, festgestellt. Die Brünner nationaldemokratischen „Lidove Roviny“ brachten am Montag, wie auch wir erwähnten, wegen der Nichtteilnahme an den Kundgebungen für Masaryk einen Separatartikel, in welchem sie die Wegnahme der Gebäude der Deutschen Technik, des Deutschen Theaters, den Sinauswurf der deutschen Mitglieder aus der Landesverwaltungscommission und aus der Handelskammer verlangten. Der Artikel blieb in den „Lidove Roviny“ unkonfisziiert. Die „Robnost“ druckte nun diesen Artikel ab, doch setzte sie überall statt des Wortes „Deutsche“ das Wort „Bourgeoisie“. Sofort setzte sich der Staatsanwalt in Bewegung und beschlagnahmte den derart bearbeiteten, in seinem Sinn und seiner Tendenz aber vollkommen unveränderten Artikel. Treffend sagt darüber Edmund Durian in der „Robnost“: „Die „Lidove Roviny“ dürfen gegen eine ganze Nation schreiben, die „Robnost“ dagegen gegen die Klasse der Ausbeuter des arbeitenden Volkes nicht. Die „Lidove Roviny“ dürfen schreiben über die Notwendigkeit von Vergeltungsmassnahmen gegen die Deutschen wegen ihrer Nichtteilnahme an den Kundgebungen für Masaryk, die „Robnost“ darf nicht schreiben über die Vergeltung der Arbeiter gegen die Kapitalisten wegen Arbeitslosigkeit, Hunger, Not und Unbill. Die „Lidove Roviny“ dürfen mit heiterem Lachen schreiben, daß mit fester Hand den Deutschen die Schulen, die Technik, die Theateraufführungen u. a. genommen werden müssen, die „Robnost“ darf nicht schreiben, daß es notwendig ist, die großkapitalistischen und landwirtschaftlichen Unternehmungen zu enteignen, wie es dem tschechischen Volke in feierlichen Kundgebungen versprochen wurde. Die „Lidove Roviny“ dürfen schreiben, daß es notwendig ist, die Deutschen zu ohrfeigen, damit sie „Anlaß zum Greinen haben“, die „Robnost“ darf nicht schreiben, daß es notwendig ist, mit den bürgerlichen Machthabern abzurechnen. Das ist der Sinn der letzten Konfiskation der „Robnost“. — Wozu man sich jede weitere Bemerkung ersparen kann.

Genossen! Gedenket des Fonds zur Erhaltung eures Zentralorgans.

Bankrott.

Vor wenigen Monaten hat der Generaldirektor der Pester Ungarischen Kommerzbank Dr. Roland Hegedüs sein Amt als „königlich“ ungarischer Finanzminister ange-treten, begleitet von Wünschen und Hoffnungen der Geschäftspatrioten Magyarier und ihren Ablegern in Wien. Er konnte damals wahrlich nicht über Mangel an Reklame und Vorsetzungsbedürfnis klagen. Er hielt Propagandareden und die Cliquen stellten die christlich-nationale Presse Budapests und Wiens bei und im Reigen der „christlichen“ Pressemittel paradierten damals würdig die „Neue Freie Presse“ und das „Wiener Tagblatt“, die alle die Konsolidierung Magyarier, vielmehr das, was sie unter Konsolidierung verstanden, weisagten.

Hegedüs hatte damals noch eine Art Programm, das freilich bei einigen ersten Leuten bedenkliches Kopfschütteln erregte; eine „objektive“ Vermögensabgabe, gemeint war eine von oben ohne Veranlagung distillierte Vermögensablösung, Herabsetzung der Staatsschuldverschreibung, sofortige Stilllegung der Banknotenpresse und Hebung des Weltmarktpreises der ungarischen Krone. Besonders in der Tschechoslowakei, die ja ihre Erfahrungen mit der Banknotenumenge und dem hypnotisierten Blinde auf Jülich bereits hinter sich hat, begegnete diese Wunderkur einiger Skepsis. Tatsächlich gelang es durch verschiedene Kniffe, welche der Wörternjargon so geschmackvoll als stimulierende Momente bezeichnet, den Wert der un-garischen Krone auf ein vielfaches hinauszutreiben. Es gelang auch, den Kurs der deutschösterreichischen „herunterzuohrfeigen“ — ein selbstgeprägter Ausdruck des selbstamen Finanzmannes Hegedüs, — aber die Herrlichkeit währte nicht ewig. Es klingt geradezu unbegreiflich, daß für Magyarier Wirtschaft nach den Erfahrungen, die Deutschland, die Tschechoslowakei und Deutschösterreich mit der zeitweise plötzlichen Steigerung der eigenen Währung auf den Weltmärkten gemacht haben, die nachteiligen Wirkungen einer derartigen Defizit-politik auf den Export überraschend sein konnten.

Einschüchternderweise konnte trotz aller gegenteiligen Anstrengungen der Höchstkurs der ungarischen Krone nicht erhalten werden und heute notiert sie rund ein Drittel ihres Höchst-kurses. Die Hoffnung auf die Valuta ist aber nicht die einzige, die zu Schanden geworden ist. Die Ausbalanzierung des Budgets ist mißlungen und mußte mißlingen, weil die Be-dürfnisse der „Erwachenden Ungarn“ über die Kräfte des verkrüppelten Landes gingen, die Vermögensabgabe ist nur wenig über den Rahmen der Diskussion vorwärts gekommen und in der Frage der Verzinsung der Staats-papiere mußte Hegedüs schon vor längerer Zeit einen Rückzug antreten, was im Interesse des Staatskredits das Vernünftigste war, was er tun konnte.

Magyarier ist heute, so sagt der Minister-präsident, in einer ernstesten finanziellen Krise, Hegedüs hat seine Demission gegeben und das ist ein unverkennbares Zeichen des Eingeständ-nisses nicht nur des finanziellen, son-

dern auch des politischen Bankrotts des christlich-nationalen Systems. Außenpolitisch ist der Bankrott auch für den politisch nicht Geschulten sichtbar. Von einem Kranz feindlicher Staaten umgeben, an Deutschösterreich grenzend, das es sich mutwillig zum Feinde gemacht hat, hat Magyarier in ganz Europa keinen einzigen Freund, außer einem sagenhaften Protektor innerhalb der großen Entente, der ihm aber kaum zu mehr verhelfen wird, als zu armseligen Scheinerfol-gen in der westungarischen Frage. Innerpolitisch ist das Land zerfleischt und zerrissen von Kämpfen zwischen den Anhängern Hortys und den Anhängern der Habsburger und diese beiden Obligatorgruppen stehen in passiver Abwehr im Kampf gegen das Mörderregiment der „Erwachenden Ungarn“ unter Pro-nays, Hejas und Ozenburgs Führung, eines Gegners, dessen beide in Punkte moralischer Qualitäten durchaus ebenbürtig sind. Wäh-rend diese Mächte um die Herrschaft des arm-seligen Staatswesens ringen, während die Auflösungserscheinungen unverkennbar in Er-scheinung treten, wartet die Arbeiterklasse, ge-schlagen, gedemütigt und gewaltsam niederge-halten auf den Tag der Abrechnung.

Der Görlitzer Parteitag.

Der neue Programmentwurf.

Berlin, 23. September (Sch.B.B.) Die Blätter melden aus Görlitz: Die Pro-grammkommission hat am 22. Sep-tember nachmittags noch dreitägigen Beratun-gen mit 24 gegen 2 Stimmen bei 2 Stimment-haltungen beschlossen, einen in seinen Zielen neu entworfenen in 6 Teilen abgeänderten Programmentwurf dem Parteitage zu empfeh-len. Im Wortlaut des Entwurfes heißt es: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag ihrer eigenen Arbeit ange-wiesen sind, zu gemeinsamem Bekenntnis und gemeinsamen Zielen, zur Kampfgenossenschaft für Demokratie und Sozialismus. Nach einem Hinweis auf die kleine Zahl von Großbesitz-ern und die breiten Massen der Arbeiter wird der Klassenkampf für die Befreiung des Pro-letariates zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung erklärt. Der Welt-krieg und die Friedensabstufung hätten den Weltprozess noch verstärkt. Während ein rückwärtsloses Gewinnstreben eine neue Bourgeoisie von Lieferanten und Spekulanten emporhob, sank der kleine und Mittelbesitz, sank körperliche und geistige Arbeit, der Be-stand und Angestellte, Künstler und Schrift-steller angehören. Der Parteitag betrachtet einen Angriff auf die demokratische Republik als ein Attentat auf die Lebensfähigkeit des Volkes. Die Ueberführung der großen kon-zentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Ge-meinwirtschaft, die fortschreitende Um-formung der gesamten kapitalistischen Wirt-schaft zur sozialdemokratischen Wirtschaft er-kennt er als notwendiges Mittel an, um das schaffende Volk aus den Fesseln der kapitalisti-schen Herrschaft zu befreien. Der Entwurf schließt: Die sozialistischen Parteien Deutsch-lands erneuern ihr im Erfurter Programm niedergelegtes Bekenntnis. Sie kämpfen nicht

für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassen-herrschaft und der Klassen selbst. Sie kämpfen für gleiche Rechte und gleiche Pfli-chten aller ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung. Sie führt den Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Deutschen entscheidet. Sie führt ihn in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstätte und Haus. Für diesen Kampf gelten die Forderungen, die in den folgenden Einzelprogrammen auf-gestellt sind. Es folgen nun die Einzelpro-gramme, welche umfassen: Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Finanz-, Verfassungs-, Verwal-tungs- und Gemeindepolitik, Rechtsfrage, Kul-tur- und Schulpolitik. Die Programmdebatte dürfte noch heute Vormittag beginnen. Die Kommission hat den Genossen Vorsitzenden Paul Löbe mit der Berichterstattung über den Entwurf beauftragt.

Tages-Neuigkeiten.

Die Verbündeten.

Man hat ein Dokument von großem Wert gefunden: den französischen Geheimbericht vom Feber 1917. Der große Wert dieses Dokumen-tes besteht in dem Beweise, daß es für die Nationalisten, die Massenmörder, Räuber und Dummköpfe einer Nation keine besseren Ver-bündeten gibt, als die Massenmörder, Räuber und Dummköpfe der „feindlichen“ Nation. Ohne Ludendorff kein Briand, und (um heil-mälicher zu sprechen) ohne Baeran kein Sajbl. Und wenn auch letzterer den ersteren geohrfeigt hat, so stützt und rechtfertigt dessen tatkräftige Politik wieder die des anderen. Und der andere könnte nicht sein, wenn der eine nicht wäre, und weil der eine ist, muß auch der andere sein. Diese Zusammenhänge, daß sie sich näm-lich gegenseitig bedingen, sind aber dem einen wie dem anderen bewußt. Das ist die Insa-mie. Sie rechnen mit ihrem „Verbündeten“, sie setzen ihn als Plus auf das Konto ihrer Niedertracht. Der französische Geheimbericht Nr. 7 gibt gleichsam das Rezept für die Aus-nützung der alldutschen Dummheit und Brutal-tät. Diese französischen Propaganda-Agen-ten lauerten auf jede alldutsche Aeußerung, um sie als Willen des ganzen deutschen Vol-kes in alle Welt hinauszuführen. Sie bauten auf die Alldutschen, auf ihre Heerführer, Pro-fessoren und Literaten, und sie haben auf Erz-gebaut. So lautet es in dem französischen Ge-heimbericht Nr. 7:

„Die einzig richtige Taktik wäre, über die trügerischen Stimmen der deutschen Intelligenz leise hinwegzugehen, falls sie nicht ganz un-berücksichtigt bleiben können, dagegen den deutschen onants terribles, der „Post“, „Tägl. Rundschau“, „Krenz-zeitung“, „Deutschen Tageszeitung“, den alldutschen Professoren, den Verfassern von Broschüren und Flug-schriften, die gegen die Politik des Kanzlers gerichtet sind, die größte Beachtung zu schenken, auf diese Weise werden auch wir zur Er-schwerung dieser Politik beitragen und werden die alldemokratische Fronde, welche uns so wertvollen Beistand leistet, durch das Gegenteil einer Reklame mittelbar, aber sehr wirksam unterstützen... Wohl hat man

eine große Anzahl alldemokratischer Zeitungsartikel in der Entente-Pressen abgedruckt, aber was in dieser Hinsicht geschah, ist nur ein schwacher Versuch davon, was man tun konnte und sollte. Es müßten diese Wiedergaben — die übrigens noch viel häufiger erscheinen sollten — mit Er-läuterungen versehen werden, es wäre auf die Bedeutung dieser deutschen Stimmen hinzu-weisen und die Tatsache zu unterscheiden, daß es sich hier nicht um krankhafte Ausfälle einiger überschnappter Sonderlinge handelt, sondern im Gegenteil um Glaubensbeken-nisse wahrhaftiger Deutscher, die der Welt zeigen, wie die preussische Seele wirk-lich ist, die Wilhelm II., sein Kanzler und die gesamte deutsche Linke so gern in anderem Lichte erscheinen lassen möchten.“

Man beachte: Die französischen Kriegsbeher-sander es am zweckmäßigsten, die alldemokratische Fronde sehr wirksam zu unterstützen. Sie ge-stehen, daß ihnen der „wertvollste Beistand“ von Alldemokraten geleistet wird. Am liebsten hätten sie beispielsweise so einem Professor Sombart, der seine „Händler und Gelden“ schrieb, eine lebenslängliche Rente und eine Prämie auf jede neue „vaterländische“ Publi-kation ausgesetzt. Denn unschätzbare Dienste hat ihnen der deutsche Professor, wie er sich in seine moralisch-literarische Brust wirft, geleistet. So haben die französischen Kriegsbeher die Schriften Eduard Meyers, Wilamowitz, Gruber und wie alle die Ehrendoktoren heißen, geschätzt:

„Die Schriften deutscher Professoren, die die Ausrottung aller Völker durch die germanische Rasse predigen, die wissenschaftlichen Erzeug-nisse von Gelehrten, aus denen hervorgeht, daß die alldemokratische Lehre das Evangelium der Welt werden soll, diese gesamte Literatur, all diese Rundgebungen, die nicht etwa die Erzeugnisse Geisteskranker sind, sondern ein Bild des wahren Deutschland, die Stimme des Herzens, ein öffentliches Bekenntnis, Empfin-dungen, die die tentonische Intelligenz vergeb-lich zum Schweigen bringen möchte, all diese Aeußerungen sollten von jeder Familie in Frankreich, England, Belgien, Rußland, Polen, Serbien, Rumänien, kurz überall gesammelt und aufbewahrt werden. Die ganze Welt müßte sie kennen, die Kinder aller Län-der sollten sie anwendig lernen, diese Drohun-gen gegen die Ehre und Sicherheit des Men-schengeschlechtes... Man glaubt, allem Genüge getan zu haben, wenn man, übrigens wirklich ergreifende Berichte über deutsche Greuel ver-breitet, die von uns selbst, also ihren Feinden, geschilbert werden... Wie glaubwürdig und passend unsere Berichte aber auch immer sein mögen, ihre moralische Wirkung läßt sich doch nicht mit der vergleichen, welche die Bekennt-nisse deutscher Barbarei aus dem Munde der Deutschen auslösen müssen... Der beschränkteste Verstand muß einsehen, daß die seelische Rohheit eines Universitätsprofessors den moralischen Verfall einer Nation in ganz anderer Weise kennzeich-net als selbst das schlimmste Ver-brechen eines einfachen Soldaten.“

Der beschränkteste Verstand auf der anderen Seite sah ein, daß die seelische Rohheit eines Universitätsprofessors den moralischen Verfall einer Nation zu kennzeichnen vermag. Auf der anderen Seite hat man es noch nicht einge-sehen.

Feuilleton.

Der Berg.

Von Karl Capel. (6)

Der Kommissär benagte seine Finger an der Schwelle der Einsicht. Slavik näherte sich ihm. „Herr“, begann er, „ich habe über die Sache nachgedacht — Sie haben die Jungen gehört; alle redeten von ihm irgendwie merk-würdig. So als würde er immer größer. Er wächst uns ins Unendliche. Seltsame Sug-gestion.“

Der Kommissär hob die ermatteten Augen auf.

„Vielleicht wirkt er so durch sein Betragen“, fuhr Slavik fort. „Er bestürzt die Leute. Es ist ein Wahnsinniger, ein Megalomane. Alles wird dadurch aufgelöst.“

Der Kommissär schüttelte den Kopf und senkte die Augen.

Von der Gesichtseite entwickelt sich die Kette von Männern über die Breite des Bergplanes. Zehn, zwanzig Menschen. Sie ziehen langsam und wortlos, in mechanischer Umspannung da-hin. Nur hin und wieder klirrt leise eine Waffe.

Der Kommissär loderte die festgebissenen Zähne. „Ich bin müde, allzu müde. Ich kann nicht weiter.“

Er lehnte sich an einen Baum und schloß die Augen. Er fühlte sich ganz winzig vor Ermüdung. „Ich kann nicht weiter“. Was? Du bist schon müde, Taugenichts? fragt plötz-lich des Vaters Stimme. Komm, ich nehme dich auf den Rücken. Ach, nichts anderes hat das Schicksal gewollt. Einen Rücken hat der Vater wie ein Niese; fein und hoch sitzt sichs da, wie auf einem Pferd. Der Weg verläuft. Der Vater trieft von Tabak und Kraft. Wie

ein Niese. Keiner ist stärker. Da preßt sich der Knirs, aufsteigend vor Zärtlichkeit, mit dem Gesichtchen an seinen feuchten Auerösch-naden.

Der Kommissär riß sich los. „Ich bin müde. Könnte ich mich sammeln! Wie viel ist, zum Beispiel, siebenmal dreizehn?“ Er rechnete, die Stirn ruzelnd und die Lippen bewegend. Un-möglich, das auszurechnen. Ohne Ende wie-derholte er sich beide Zahlen. Sie sind irgend-wie besonders widerlich, unteilbar, unnachgie-big. Die schlimmsten von den Zahlen. Hoffnungslos begab sich der Kommissär der Lösung.

Auf einmal hörte er klar und gegliedert: „Wieviel ist siebenmal dreizehn?“ Sein Herz stockte vor Schrecken: „Das ist der Herr Lehrer. Jetzt ruft er mich auf, jetzt, jetzt... Christus, mein Herr wohin soll ich mich verstellen? Was sang ich an? Laß mich entinnen, Gott! Laß mich entinnen!“

Da ertönte ein Schuß.

Inzwischen wanderte Zebisfel auf dem Berg herum, ohne zu wissen, woher und wohin. Von Zeit zu Zeit hörte er; aber niemals war die Welt schweigsamer, niemals verdeckter; ein wenig schmerzt es und ein wenig berauscht es; und Zebisfel ging weiter, ohne Gedanken, gar nicht wissend, wo er sei.

Da ertönte ein Schuß. Von Berg zu Berg flog alarmierend der Widerhall, immer ent-fernter, stiller, schrecklicher. Wieder trat Stille, grausamer als vorher, ein; da erst begriff Ze-bisfel, daß er ganz allein da war, unbedeutend und ziellos im Gebirge, daß er wieder heim-kehrte und daß seinem Herzen ständig durch einen Riß Sorge entströmte und unendliches Leid bang verrietselte.

Pilbauer schlug sich durch das Dickicht hin-durch; das Wasser floß ihm hinter den Hals

und in die Schuhe, kahnte sich überallhin stin-den Weg, schlängelte sich, schlüpfte hinterlistig und feindslich hindurch; da begab sich Pilbauer aller Rücksichten auf sich selbst und durchbrach das Dickicht wie ein Widder.

Da ertönte ein Schuß. Er trachte aus der Entfernung vor einigen Schritten direkt ihm entgegen. „Geben sie doch acht“, murmelte der Defektiv und mußte sich anheulen, um nicht zu sinken; so sehr bebten seine Knie. Es konnte schon heute sein, küßte er plötzlich, um ein Kleines hat es gesehen können! Schon heute! Schon heute! Es konnte schon da sein! Endlich konnte es schon da sein!

Da gewahrte Slavik einen ruckweise und automatisch wie eine Puppe schreitenden Schatten. Nur schwer erkannte er, daß es der Kommissär sei, und eilte auf ihn zu. „Hören Sie“, sagte er hastig, „soeben habe ich über die Sache nachgedacht. Ueber jene Monogramme. Die Sache ist klar. Der Ermordete ist ein Fremder.“ Slavik schien es, daß der Kommissär etwas flüsterie.

„Ja“, fuhr er fort, „zweifellos ein Fremder. Ein Mensch, nach welchem niemand fragen wird. Sonst hat die Sache keinen Sinn. Nie-mals wird seine Identität erkannt, niemals wird jemand vermist werden. — Und falls der Mörder entkommt, so verrät ihn nichts mehr. Er ist nicht wahnsinnig. Er hat gut gewußt, was er tut. Er hat das Leben, die Form und den Namen eines Menschen ermor-det; vielleicht ist ihm vor allem daran gelegen, auch den Namen zu töten; o, vielleicht ist das Furchtbarste an der Sache gerade der Name gewesen. Ein Name, der mit dem Finger auf den Mörder gedeutet hätte. Und selbst wenn ich niemals diesen Namen erfähre, jetzt, jetzt endlich ist mir alles klar.“

„Ja, ja“, holte der Kommissär irre aus

sich hervor. „Ja — Saktet Distanz — In die Reihe. Marsch!“

Zebisfel ist schon zu Hause; leise, warm summt die Lampe über dem entworfenen Quartet, wo der letzte Ton, überhoch und wie eine Lerche flatternd, nach Beendung ruft.

Jögernd und bang vertieft sich Zebisfel in sein Manuskript. Alles ist da, wie es gewesen: die jauchzende Freude des Tages, die sangbare und freie Kantilene — Nichts hat sich verän-dert. Nichts verändert die Schönheit und kann sie berühren; nichts ist erbebt, geküßt, verfin-stert in dem zauberischen und strahligen Ge-webe der Töne; nichts garnichts ist geschehen. Selbst die alten Zweifel sind geliebt: Hier und da meldet sich Angst, ungebärdige und flatterhafte Beklemmung, die Anstrengung einer wirbelnden Tänzerin, von einem künst-lichen Lächeln verhüllt...

Zebisfel begann sich an das Motiv der höhe-ren Stimme zu erinnern, das ihm auf dem Berge eingefallen war: an die Donnerladenz der in Unwissenheit gebietenden Stimme. Zebisfel schüttelte den Kopf: das ist es nicht. Die höhere Stimme besiegt nicht. Die höhere Stimme ruft deinen Schmerz an.

Trauriger als die Nacht ist das Dämmern des Tags. Fernhin dunkel; allmählich, als erzitterte in der Spannung der Krise die Luft, reinigen sich die Umrisse der Dinge kahler und höher. Die Mauern leuchten in der eigenen Weiße auf, die Körper verblaffen, und jedes Ding schwindet unklar und starr; je mehr du siehst, um so unvollständiger siehst du alles.

Im Osten dämmert es; die Welt erwacht in fernem und mißtrauischem Dämmerlicht; du siehst alles mit seltsamer Klarheit, und doch ist es kein Licht. —

Die Menschen erwachen in der Schwülen

Ein Autorbild aus der Salzburger Mörderzentrale. Die Salzburger alldemokratische Mörderzentrale gleicht der bayerischen wie ein Ei dem andern. Nicht nur die mörderischen reaktionären Absichten sind dieselben, sondern auch der publizistische Ton, in welchem die Salzburger Mordbefehle zu sprechen und zu schreiben pflegen, fügt sich in den Klängen des bekannten „Miesbacher Anzeigers“ zu einer vorzüglichen Harmonie. Unser Salzburger Bruderblatt, das von dem Abgeordneten Genossen W i t t e r n i g g redigiert wird und das gegen die Reaktionen in eigenen Lande den schwersten Kampf führt, erhielt dieser Tage von einem dieser Mordbuben ein Schreiben, das wir unserer Leserschaft nicht vorenthalten können. Nachstehend der volle Inhalt dieses Mordbriefes:

**Judenschuttruppe Oesterreichs!
Mattenbrüder-Filiale Salzburg!**

Wie ich aus Euren Schweißblättern ernehme, hat Euch meine Halbblutungsadresse von gestern den Appetit zum loseren Gabelschüssel etwas verdorben und Ihr lecht nun blutrünstig nach meinem Namen. Ja, das glaub ich Euch recht gerne. Aber verderbend will ich Euren Wissensdurst noch unbefriedigt lassen, denn ich bin durchaus nicht so blöd, mich vor der nun kommenden Abrechnung mit Euch Hallunken und Menschelmördern, von Euch vorher abschlagen zu lassen. Das ist nicht Feigheit, sondern Vorsicht. Aug um Aug, Zahn um Zahn sehen wir uns, wenn wir Euch dann heranziehen werden aus Euren Fuchselkern.

Dem Briefe meines Kommissionen an den Mattenbrüderhauptidegen W i t t e r n i g g stimme ich freudigst bei — meine Angel wartet feiner. Der Teufel freut sich bereits auf diese Drecksacke eines elenden Vaterlandsverrätters.

Heil Alldemokrat!

Nieder mit der Judenbrut samt ihren verachteten Anechtsecken!

Es lebe die freie deutsche Monarchie!

... Deine Angel wartet feiner! — Inhalt und Ton dieses Drohbrieves eines alldemokratischen Berufsständlers sind so tief empörend, daß es schwer ist, Worte zu finden, die geeignet sind, dieses Scherzmal und seine ganze Miqure dorthin zurückzuführen, wo ihr alleiniger Platz ist: in den tiefsten Sammelhaufen menschlicher und sittlicher Verkommenheit. Das gesamte Proletariat aber diesseits und jenseits der bairischen Berge mag auf der Wacht bleiben, damit dieser Gesellschaft elender Schurken endlich das Handwerk gelegt werde.

„Allen Bürgern ohne Unterschied volle Gerechtigkeit.“ In A u f s i g erhält sich das Gerücht, daß das Ministerium des Innern einen Wechsel in der Leitung der dortigen politischen Bezirksverwaltung plant. Man dachte anfangs im Ernste nicht an die Möglichkeit einer solchen Maßregel, doch bestimmte Vor-Kommissionen deuten darauf hin, daß das Gerücht seine Begründung hat. Der vor nicht langer Zeit zum Ministerialrat ernannte Amtsleiter E i g l hat seit den Ereignissen des 3. August nicht mehr Dienst gemacht und soll pensioniert oder veretzt werden. Bezirkshauptmann M a d i d o leitet zwar derzeit noch das Amt, doch verlautet, daß dies nur darauf zurückzuführen ist, weil der vom Ministerium für den Leiterposten bestimmte tschechische Beamte gegen die Versetzung nach A u f s i g Widerstand leistet. Aus einer Information der „Narodni Listy“ geht ebenfalls hervor, daß die Versetzung der zwei genannten Beamten geplant ist. Obwohl es

Hitze des Bettes und starren hinein in einen Tag, schlimmer und grausamer, als der gestrige gewesen.

Als es Tag geworden, pochte jemand an Jeviseks Tür. Der kleine Geiger fuhr aus dem Halbschlaf empor, erschrak und lief öffnen. Auf der Schwelle standen Slavik, der Kommissär und Pilbauer.

„Wohin sind Sie in der Nacht geraten?“ rief Slavik. „Wir haben so viel Sorge um Sie gehabt!“

„Ist er entflohen?“ flüsterte Jevisek. „Entflohen,“ sagte Slavik ausweichend. „Er ist vom Felsen gestürzt und —“

„Ist er tot?“ Slavik schüttelte den Kopf. „Tot. Er liegt dort mit dem Gesicht zum Boden... mit Reißig zugedeckt. Das Ende der Historie.“

Jevisek ging schweigend Feuer machen, um den Gästen einen Kaffee zu kochen. „Das Ende der Historie,“ wiederholte er für sich und blickte in die Flamme: „Tot, mit Reißig zugedeckt.“ Die Flamme brannten ihm in die Augen; da nahm er die Brille herunter und wuschte sich die Tränen. „Das Ende der Historie.“

Slavik bemühte sich, dem Kommissär etwas von einem klaren Falle zu beweisen. Jevisek bestand ihn überhaupt nicht und begriff nicht, weshalb er so lebhaft redete. Mit der zitternden Hand streifte er eine Seite seiner Geige. Die Seite erkante, und Jevisek fuhr mit der Hand zurück, als hätte er sich verbrannt. Slavik wachte in der Rede, der Kommissär erbebte, und Pilbauer erhob seine schweren Lider.

„Verzeihen Sie,“ flüsterte Jevisek. „Es lang wie eine Klage,“ sagte Slavik

schier unergründlich ist, warum die Regierung die Gewalttaten verheerter Legionäre gegen die deutsche Bevölkerung A u f s i g s dadurch sanktionieren sollte, indem sie die Forderungen der tschechischen Chauvinisten nach Entfernung aller deutschen und „nicht ganz verlässlichen“ Beamten erfüllt, so ist bei den neuschweizerischen Zuständen in der Tschechoslowakei, die erst vor einigen Tagen in Brünn so herrliche Blüten zeitigten, eine derartige Gewaltmaßregel immerhin nicht ausgeschlossen. Es wird zwar hin und da von der Gleichberechtigung der Staatsbürger oder gar von Gerechtigkeit ihnen gegenüber gesprochen, aber in der Praxis geschieht das Gegenteil. Deutsche Bürger des Staates werden in den Straßen einer friedlichen Stadt ermordet, der Ministerpräsident verspricht den Opfern und deren Hinterbliebenen Entschädigung und das Ergebnis ist, daß verlässliche tschechische Beamte nach A u f s i g versetzt werden sollen. Eine Kommission zur Festsetzung der Schadenssummen für die Opfer des 3. August ist bisher nicht gebildet worden, aber ein „verlässlicher Amtsleiter“ soll kommen! So ist die Regierung bemüht, mitzuwirken, daß allen Bürgern ohne Unterschied volle Gerechtigkeit widerfähre.“

Ein Volkshilfungskonzert. Der Verein deutscher Arbeiter Prags veranstaltet am Sonntag, den 2. Oktober, ein Konzert, mit dem er den Versuch unternimmt, den deutschen Arbeitern und Angestellten Prags, die nicht im Stande sind, die hohen Eintrittspreise sonstiger Konzerte zu bezahlen, für geringes Entgelt wirklich gute Musik zu vermitteln. In diesem Konzert, das um halb 4 Uhr nachmittags in der Produktionsbrücke stattfindet, wird die bekannte Opern-Soubrette V i e l l von S c h u c h von der Dresdener Landesbühne singen. Sitzplätze zu 5.50, 6.50, 9.20, 11.50 K sowie Stehplatz zu 4.40 K ab Montag, den 26. September bei O p t i k e r D e u t s c h, Prag, Graben 25 (H. Bazar) erhältlich.

Französische Wanderbibliotheken. Wie die „Neue Züricher Zeitung“ berichtet, hat sich in Frankreich ein Komitee gebildet, das befreundeten Ländern mit niedriger Valuta — gemeint sind Polen, Rumänien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Italien — die Benutzung der teuren französischen Bücher ermöglichen will. Das Komitee beabsichtigt, aus freiwilligen Spenden sogenannte Wanderbibliotheken (bibliothèques circulantes) zu schaffen, welche die neuesten Erscheinungen der wissenschaftlichen Literatur erhalten sollen, um sie den Hochschulen der genannten Länder leihweise zur Verfügung zu stellen.

Vortrag Karl Leuthner. Heute um 8 Uhr abends findet im großen Saale der Urania, Prag II., Smetschlagasse 22, der öffentliche Vortrag des Abgeordneten Genossen Karl Leuthner-Wien über „Die ultramontane Politik der Gegenwart“ statt.

Rumänische Ministerjorgen. Der Ministerpräsident in Bukarest bewilligte einen Kredit von 9 Millionen Lei (das sind etwa 7 1/2 Millionen tschechischer Kronen) für den Ankauf eines Palastes für die Familie des Thronfolgers. Fürwahr, die rumänischen Minister drücken schwere Sorgen. Das Proletariat des Landes leidet furchtbar unter Teuerung, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot — und aus seinen Steuergeldern wird der Thronfolgerfamilie vor den Augen der hungernden Obdachlosen ein neuer Palast erbaut. Es ist doch etwas Erhabenes um den monarchischen Gedanken!

Dr. Raschin und Frau als — Pächter beanständet. Die Warnsdorfer „Abwehr“, der wir auf die Verantwortung für die Wahrheit

zerstreut und unruhig. Ueberhaupt, eine traurige Historie. Hätte ich geahnt —

Niemand in der Stube regte sich. Slavik biß sich vor Bitterkeit auf die Lippen. „Es war etwas Großes in ihm,“ begann er wieder; „ein jeder hat es gefühlt; es war, als ob er übermenschlich wüchse. Ich wollte ihn kennenlernen, und darum, nur darum habe ich ihn verfolgt. Ach, wir sollten es immer lieber mit dem Geheimnis halten als... als...“ Slavik versinsterte sich. „Er ist tot, zu Tode geht.“

„Er hat es — wenigstens — überstanden,“ ließ sich Pilbauer vernehmen.

In der Stube entstand eine drückende Stille. Jevisek blickte himmelblau, kurzschichtig auf seine Gäste; er sah Pilbauer regungslos mit gesenkten Augen nachdenken, als erinnerte er sich an etwas; er sah Slavik sich in Vorwürfsgram und Selbstquälerei abhärten; er sah den Kommissär, wie er geklagt, ermattet hinfiel in Trauer und Schwäche eines kranken Kindes. Ihr hättet euch ja mit ihm verständigen können, fühlte er, ihr alle! Er war so unglücklich und wollte nur entfliehen, — wie gut hättet ihr ihn verstehen können!

„Ich habe mit ihm gesprochen,“ sagte er zögernd. „Er war gar nicht rätselhaft.“

Slavik blickte erstaunt auf: „Er war nicht...?“

„Er war nicht,“ wiederholte Jevisek, „er hat ja geklagt; er hat furchtbar über alles geklagt.“

„Fürchten Sie sich nicht vor ihm?“ fragte der Kommissär plötzlich erweckt.

„Nein. Hätten Sie ihn nur gehört — Ach, wie gut hätten Sie ihn verstehen können!“

des folgenden Gedächtnisses überlassen, läßt sich unter dem 21. d. aus Bodenbach schreiben: Vor einigen Tagen passierte, mit dem Berlin-Dresdener Zuge kommend, neben anderen Reisenden auch ein elegantes Ehepaar auf der Durchfahrt den Bodenbacher Grenzbahnhof. Die übliche Frage des Zollorgans: „Haben Sie nichts zollpflichtiges?“, wurde sowohl von dem Herrn als auch von der Dame mit einem „Nein!“ beantwortet. Bei der darauffolgenden Durchsicherung fand der Zollbeamte in der Manteltasche des Herrn 500 Stück Zigaretten und im Gepäck der Dame Seide und verschiedene andere zollpflichtige Gegenstände. Die Reisenden wurden daraufhin ordnungsmäßig beanständet und in den Verzollungsraum geführt. Hier spielte sich nun eine für die Anwesenden sehr interessante Szene ab. Als die Reihe zum Verzollen an das Ehepaar kam, wurde der Herr aufgefordert, sich zuzugewöhnen. Er tat dies auch mit viel Würde und Selbstbewußtsein und wußte nicht schon seine Grandezza davon überzeugt hatte, daß es sich hier um einen „Fehlgriff“ der Amtsborgange handle, der konnte es auf den Gesichtern der Beamten sehen. Das beanständete Ehepaar war Dr. R a s c h i n u n d s e i n e F r a u. — Die Folgen dieses, für Dr. Raschin und Gemahlin immerhin etwas peinlichen „Grenzzwischenfalles“ fielen bereits am vierten Tage ein. Unter den Zollbeamten, die pflichtgemäß die Revision und die Verzollung durchzuführen hatten, befanden sich auch solche deutscher Nationalität. Gestern wurde nun aus Prag die Versetzung mehrerer Beamter angeordnet, weil sie „der Staatsprache nicht mächtig seien“. Gleichzeitig veröffentlichte die „Narodni Listy“ einen Brandartikel über die Zustände am Bodenbacher Bahnhof, wo es noch immer Beamte gibt, die die Reisenden in deutscher Sprache ansprechen. — Soweit die „Abwehr“. Wenn alles das, was sie berichtet läßt, wahr ist, dann hat sie damit einen interessanten Beitrag zum Kapitel „Tschechoslowakische Demokratie und Gerechtigkeit“ geliefert. So heiter und an sich harmlos das Geschehen vom Pächter Raschin auch ist — die Rußanwendung durch die Prager Zentralbehörden ist jedenfalls solcher Art, wie man sich sie in einem anderen Staate nicht leicht vorstellen kann.

Masaryk nach Prag zurückgekehrt. Der Präsident der Republik ist gestern nachmittags aus Karpasborusland nach Preeburg zurückgekehrt und trat von dort über Brünn die Reise nach Prag an, wo er vor Mitternacht einlangte.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist einer der Programmpunkte der kommunistischen Parteitaktik. Die A u f s i g e r „I n t e r n a t i o n a l e“ padt diesen vorgeschriebenen Kampf am allerverfehtesten Ende an. Am Donnerstag brachten wir nämlich einen Artikel, in welchem wir die allgemeine Offensive gegen Rußland — sicher nicht zum Schaden der Sowjetrepublik — brandmarkten. Einleitend legten wir den Gedankengang Frankreichs bei dieser Offensive dar, was aus den ersten Worten „Der Briand sieht am Räderwerk“ und einige Zeilen später aus dem Satz „Das ist die Rechnung“ eindeutig hervorgeht. Die „Internationale“ reißt mitten aus diesem Zusammenhang eine Bemerkung heraus, schiebt, was wir den Franzosen in den Mund legen, uns unter, verdreht es noch ein bisschen, als ob den leitenden Männern Rußlands die Schuld am Hunger und nicht an der Not im allgemeinen zugeschrieben würde, und baut auf diesen Verdrehungen ein ganzes Gebäude von Beschimpfungen auf. Wahrlich, wenn die Kommunisten keinen andern Anlauf, uns zu bekämpfen haben, sieht es verdammt schlimm um sie.

Erzherzog Wilhelm-Popper. Das gestrige Abendblatt der „Tribuna“ bringt folgende lustige Notiz: Zur Zeit des Umsturzes tauchte in Amerika ein Mann auf, der sich für den österreichischen Erzherzog Wilhelm, einen Sohn des Erzherzogs Karl Wilhelm ausgab und behauptete, er sei der rechtliche Eigentümer des Grabschins, Konopischs und anderer Güter, welche ihm die tschechoslowakische Republik widerrechtlich vorenthalte. Er würde aber um die Rückgabe seines Eigentums gerichtlich einschreiten, und es sei gewiß, daß er den Prozeß gewinnen müsse. So unbegreiflich es erscheint, fanden sich doch einige Amerikaner, meist monarchistisch gesinnte Tschechen, die sich immer gegen den Präsidenten Masaryk gestellt haben, die dem erlauchten Erzherzog nicht nur Gehör schenkten, sondern ihm auch materielle Unterstützung im Gesamtausmaße von ungefähr 48.000 Dollar gewährten. Ungefähr ein Jahr trieb sich der Erzherzog in den Vereinigten Staaten frei herum, aber schließlich wurde er doch den Behörden einigermaßen verdächtig und als auch die Gläubiger um ihr Geld zu fürchten begannen, wurde „Seine Hoheit“ verhaftet. Nun war es nicht mehr schwer festzustellen, daß er zur Habsburgischen Dynastie als Wilhelm Popper, wie er tatsächlich heißt, in äußerst entfernten Beziehungen stehe. Popper fiel aber nicht aus der Rolle. Er behauptete weiter, er sei tatsächlich der Eigentümer des Grabschins und Konopischs. Nach amerikanischen Gesetzen aber kann ein Schuldner von den Gläubigern nur dann öffentlich verfolgt werden, wenn sie den Beweis erbringen, daß ihm das nicht gehört, wovon er behauptet, daß

er dessen Eigentümer sei. Der Rechtsvertreter der Geschädigten fragte nun bei der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Washington an und erhielt die Antwort, daß der Grabschin als Eigentum des Wiener Hofes registriert wurde, weil er aber früher Eigentum des Königreiches Böhmen gewesen sei, übergehe er jetzt in den Besitz der Tschechoslowakischen Republik. Was die Konopischter Gutsherrschaft betrifft, so gehörte sie dem Erzherzog Franz Ferdinand. Der jetzige Rechts Eigentümer sei der Gesandtschaft unbekannt. Dem amerikanischen Woodraten wurde der Rat erteilt, sich durch Vermittlung der amerikanischen Gesandtschaft in Prag an die tschechoslowakische Regierung zu wenden, diese aber konnte ihm bisher keine definitive Antwort mit Bezug auf Konopisch erteilen, weil über dessen Rechts Eigentümer bis jetzt noch immer nicht entschieden wurde. Und so müssen sich denn die amerikanischen Anhänger des „Erzherzogs Wilhelm-Popper“ mit Geduld wappnen und es ist sehr zweifelhaft, daß sie ihnen etwas nützen wird und daß sie auch nur einen Teil ihres Geldes zurück erhalten.

„Die Internationale der sozialistischen Proletariatsjugend.“ Unter diesem Titel ist soeben die erste Nummer des Organs der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen, die im Februar dieses Jahres in Wien gegründet wurde, erschienen. Das Blatt soll die Aufgabe erfüllen, die Ziele der Internationalen Arbeitsgemeinschaft, die vor allem darin bestehen, die Aufrichtung einer alle sozialistischen Jugendorganisationen umfassenden Jugendinternationalen vorzubereiten, weiten Reisen des Proletariats und der proletarischen Jugend zur Kenntnis zu bringen. Außerdem stellt das neue Blatt ein wertvolles Organ zur Information über den Stand und die Entwicklung der internationalen sozialistischen Jugendbewegung dar. Die vorliegende erste Nummer der „Internationalen der sozialistischen Proletariatsjugend“ enthält Aufsätze von Karl Heinz Wien über „Die Einigung der Arbeiterklasse“, von Pierre Laine (Paris) und Ezechiel Paul (Teply-Schönan), über die Entwicklung der Jugendbewegung in ihren Ländern, den Artikel eines in Paris weilenden russischen Genossen über „Die Arbeiterjugend in Sowjetrußland“ und verschiedene Notizen und Mitteilungen. Das Blatt kostet 1.— Kr. und ist durch das Sekretariat des Sozialistischen Jugendverbandes Teply-Schönan, Seilerstraße 1, zu beziehen.

Diebstähle. Der Tapezierer Josef Erdlina aus Jizlow erstattete die Anzeige, daß ihm am 19. September in der Weinstube „A Tauschu“ in Prag, Teingasse, vier Anweisungen auf 30.000 Kronen nebst anderen Papieren aus einer großen roten Brusttasche gestohlen worden waren. Als des Diebstahls verdächtig wurden der Kellner Franz Konvalinka, der Chauffeur Ignaz Szabli, der Eisenbahner Jaroslav Soula und die Kellnerin Antonie Moravec verhaftet, welche damals mit Erdlina gehen. Sie wurden dem Landesstrafgericht eingeliefert. — Der Reihanker Viktor Tesarik aus Lublin in Polen kam am 16. September nach Prag und, da er kein Nachtlager finden konnte, schlief er am Masarykshof ein. Als er erwachte, erkannte er, daß ihm sein Handkoffer mit Sachen im Werte von 2000 tschechischen Kronen und außerdem 50.000 polnische Mark abhanden gekommen waren. Nach vier Tagen wurde durch einen Detektiv der 24jährige bekannte Dieb und Landstreicher Menzel Jelinek angehalten, der bei der Einvernahme auf der Sicherheitswache einbekam, den Diebstahl verübt zu haben. Die gestohlenen Sachen will er verkauft, die 50.000 polnische Mark aber in die Moldau geworfen haben, weil er angeblich nichts dafür bekommen hätte. Er wurde dem Landesstrafgericht eingeliefert.

Kleine Chronik.

Die Grubenkatastrophe in Lucensland. Brisbane, 23. September. (Reuter.) Aus den Trümmern der vernichteten Gruben des Mount William wurden bisher 74 Leichen geborgen.

Wollenbruch über Rom. Rom, 23. September. (A.S.) Nach einem heftigen Gewitter, verbunden mit heftigem Wollenbruch, wurden einige Stellen der Stadt überschwemmt. Die elektrische Leitung ist mehrfach geschädigt, sodas der elektrische Bahnverkehr unterbrochen ist.

Joffe von ukrainischen Kuständischen erschossen? Berlin, 23. September. Das „8-Uhrabendblatt“ erzählt aus Riga, daß Wolsk Joffe, der frühere Sowjetgesandte in Berlin, vor etwa einem Monat in der Ukraine von den Kuständischen aus einem Eisenbahnzuge heraus gefangen genommen und zur Vergeltung für die Morde der Bolschewisten an ukrainischen Gelehrten und Schriftstellern erschossen wurde.

Eine internationale Messe auf Jaba (1922). Das Tsch. B. meldet: Das Ministerium des Aeußern teilt auf Grund einer Meldung der Prager niederländischen Gesandtschaft mit, daß in der zweiten Oktoberhälfte 1922 auf Jaba, in Pandong, eine internationale Messe stattfinden wird, auf welcher Firmen der ganzen Welt ihre Erzeugnisse werden zur Ausstellung bringen können.

Der rumänische Kommunistenprozeß. Bukarest, 20. September. (Tsch. B.) Der Prozeß gegen die wegen Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates verhafteten Kommunisten ist auf den 20. Oktober festgesetzt.

„Gerechtigkeit und Menschlichkeit der Behörden“.

Manieren eines Bezirkshauptmanns. Einen unglaublichen Fall von Parteinehmer einer Behörde, den wir dem „Land- und Forstärzte“ entnehmen, gegen streikende Arbeiter, legen wir einer breiteren Öffentlichkeit vor. Der Krumauer Bezirkshauptmann hat an das dortige Kreissekretariat der Land- und Forstarbeiter das nachstehende Schreiben geschickt:

Politische Bezirksverwaltung Schüttenhofen am 2. August 1921.

Zl. 27.734-21 An das Kreissekretariat der Land- und Forstarbeiter in Krumau.

Laut telephonischer Meldung ist der Streik der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft im Hartmannsdorfer Bezirke heute ausgebrochen.

Es ist im allgemeinen Interesse geboten, daß die Arbeit wieder ehe baldigst aufgenommen wird. Die hiesige Behörde schlägt daher vor, die Streikende der paritätischen Landeskommission in Prag zu unterbreiten und die Arbeit wieder gleich aufzunehmen.

Falls das Angebot nicht binnen 24 Stunden angenommen wird, werden fremde Arbeitskräfte herangezogen werden.

Ich warne vor jedem zur Einschüchterung der Arbeitswilligen dienenden Versuche und mache auf die Vorschriften des Strafgesetzes §§ 98 und 99 mit allem Ernste aufmerksam.

Ich ersuche, die Streikenden ebenfalls vor unüberlegten Taten zu warnen.

Für den Statthalterkreis: Weger.

Angesichts dieses unerhörten Briefes fragen wir den Herrn Statthalterkreisrat von Krumau: Seit wann ist es üblich, daß Behörden in einer derartigen Weise drohen? Muß der Herr Statthalterkreisrat darüber belehrt werden, daß die streikenden Arbeiter genau dieselben staatsbürgerlichen Rechte genießen, wie die Unternehmer? Würde er es wagen, bei einem Streik den Unternehmern in einer derartigen Weise zu drohen, wie er es hier streikenden Landarbeitern gegenüber tut? Seit wann ist es denn Sache eines politischen Beamten, streikenden Arbeitern ein Ultimatum zu stellen und mit der Heranziehung von Streikbrechern zu drohen?!

II.

Nichtanmeldung einer Versammlung — 10 Tage Arrest. Was seit gut dreißig Jahren kein österreichisches Gericht mehr wagte, das hat am 31. August das Bezirksgericht in Kralup fertig gebracht. Dort hat ein Arbeiter, Karl Krahulec, vor einiger Zeit in einem Nachbarorte eine Betriebsversammlung einberufen, die wegen Lokalmangel auf dem freien Platze hinter dem Tor des Gutshofes abgehalten wurde. Er wurde angeklagt und zu 10 Tagen Arrest wegen Nichtanmeldung einer öffentlichen Versammlung verurteilt. Die Verantwortung des Angeklagten, daß der Zweck der Versammlung der war, daß sich die Arbeiterinnen eine Vertrauensperson wählen und daß sie die Mitgliedsbeiträge zahlen, wie auch, daß er die Versammlung durch ein Zirkular nach dem Mitgliederverzeichnis einberufen habe, ließ das Gericht nicht gelten. Man muß schon reichlich dreißig Jahre in der Justizgeschichte des alten Oesterreichs zurückgehen, um auf ein ähnliches reaktionäres Urteil zu stoßen. In den Rückschrittsbestrebungen wird die Tschechoslowakei nachgerade das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Der Streit ums Burgenland.

Der Völkerbund winkt Horthy ab.

Genf, 23. September. (Wolffbureau.) Es wird immer wahrscheinlicher, daß Ungarn sein Aufnahmegeruch zurückziehen muß, falls es sich nicht einer Ablehnung aussetzen will, die auch von der Mehrzahl der Delegierten gerne vermieden würde. Graf Apponyi, der seit zwei Tagen in Genf weilt, soll bereits von verschiedenen Seiten auf die Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen aufmerksam gemacht worden sein.

Eine Schmutzgeschichte.

Budapest, 23. September (M.A.B. Nationalversammlung.) Abgeordneter Sadhazy unterbreitete den Bericht des Immunitätsausschusses wegen Suspendierung des Immunitätsrechtes der Abgeordneten Andreus Gai, Bemöke, Palozdy und Kalany, die der Teilnahme an dem Delikt der Amtsbestechung beschuldigt werden. Der Antrag des Referenten, den Bericht dringend auf die Tagesordnung des Hauses zu stellen, wurde angenommen.

Enthebung des Sektionschefs Dabj.

Wien, 23. Sept. Der Ministerrat hat das Gesuch des Sektionschefs Dabj um Enthebung von der Stelle eines österreichischen Bevollmächtigten in Edeburg in Würdigung der von ihm hervorgehobenen Gründe angenommen und an seine Stelle den Generalkonsul Klein mit dieser Funktion betraut. Sektionschef Dabj behält seine Funktion als Vertreter des Burgenlandes bei.

Die deutsche Reaktion.

Entdeckung einer Verschwörerorganisation.

Karlruhe, 23. September. (Tsch. P.) Der Staatspräsident Trunt erklärte heute im Landtage, es sei eine große Geheimorganisation aufgedeckt worden, der auch die beiden Mörder Erzbergers angehören. Die Statuten der Organisation bezeichnen als Ziele a) geistige, nämlich Pflege des nationalen Gedankens, Bekämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien sowie der Weimarer Verfassung in Wort und Schrift und b) materielle, Sammlung von entschlossenen nationalen Männern zu dem Zwecke, bei großen Unruhen deren Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen, die durch den Versailler Vertrag angeordnete Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und dem deutschen Volke die Wehrmacht soweit als möglich zu erhalten. Die Statuten verlangen weiters „unbedingten Gehorsam, Zusammenschluß der Mitglieder zu einem Schutz- und Trutzbündnis und schlichten fremdrassige Personen von der Mitgliedschaft aus. Alle Verräter verfallen der Fehme.“

Keine neue Regierungsbildung in Deutschland.

Berlin, 23. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Mitteilungen der bürgerlichen Presse über die Regierungsbildungen im Reich und in Preußen beruhen zum großen Teil auf Kombinationen. Inzwischen wird in der rechtsstehenden Presse die Hege gegen Wirth eifrig fortgesetzt, und daran beteiligen sich auch die Organe der Deutschen Volkspartei. Das schwerste Geschick hat der Abgeordnete Stresemann auffahren lassen, indem er erklärte, daß die Deutsche Volkspartei sich zum Mitläufer für die Regierung nicht hergebe, sondern daß sie diejenige Berücksichtigung verlange, die ihr als der großen Partei des Wiederaufbaues zukomme. Der „Vorwärts“ findet gegen die Treibereien des neuen Koalitionsgenossen nur sanfte Töne, dagegen rechnet die „Germania“ mit aller Schärfe mit der Deutschen Volkspartei ab und sagt, Stresemann beginne seine Koalitionsmitarbeit damit, daß er auf die Zerstückung des Kurses des Kabinettes Wirth hinarbeite. Dieser Ministerarbeit werde aber ein sehr schnelles Ende bereitet werden.

Gute Ansichten auf Beilegung der bayerischen Krise.

Berlin, 23. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Der neue bayerische Ministerpräsident von Lerchenfeld hat in seiner gestrigen Programmrede eine Verbeugung vor dem rechten Flügel der bayerischen Volkspartei gemacht, aber die Rede enthielt doch eine persönliche Note, und man muß annehmen, daß eine Besserung des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Reich eintreten wird. Halbamtlich wird in Berlin erklärt, daß man dem neuen bayerischen Kabinett mit allem Vertrauen entgegensehen könne. Es bestünden die besten Aussichten, zu einer Verständigung zu kommen, bei der es weder Sieger, noch Besiegte gäbe.

Die neue bayerische Regierung und ihr Programm.

München, 22. September. Die Korrespondenz „Hoffmann“ meldet: In der Abend Sitzung des Landtages teilte Graf Lerchenfeld dem Hause die Vorschlagsliste für die Neubesetzung der Ministerien mit. Sie lautet: Ministerpräsident und gleichzeitig Minister des Äußern und der Justiz Graf Lerchenfeld, Inneres Dr. Schweyer, Unterricht und Kultus Dr. Matt, Finanzen Dr. Krausned, Landwirtschaft Wutloscher, Handel, Industrie und Gewerbe Hamn und soziale Verwaltung Oswald. (Dr. Roth ist also verschwunden, Wirths hämischer Gegner Oswald geblieben. D. Red.) Die bayerische Mittelpartei hat keine Mitglieder im Ministerium und scheidet auch aus der Koalition aus. Gegen die Zusammenfassung erhob sich kein Widerspruch. Graf Lerchenfeld entwickelte hierauf in kurzen Zügen sein Programm und betonte, daß eine seiner ersten Aufgaben die Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Ruhe und Ordnung im Staate sein werde. Die Treue zum Reich stehe für ihn unüberbrücklich fest. Er werde sie auch nach der politischen Seite hin aufs beste pflegen. Der dritte große Gedanke, von dem er sich leiten lassen müsse, sei der der sozialen Versöhnung. Ein Antrag Dr. Hilperis (bayerische Mittelpartei), sofort in die Erörterung über die Regierungserklärung einzugehen, wurde abgelehnt. Eine angebliche Spannung zwischen der rumänischen Regierung und den Sowjets sowie bei derseitiger Kriegsvorbereitungen verbreitet

worden. Die rumänische Regierung erklärt, daß diese Gerüchte vollkommen grundlos sind.

Der polnisch-rumänische Defensivvertrag.

Gegen Sowjetrußland.

Wien, 23. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Das bulgarische Amtsblatt veröffentlichte vor einigen Wochen den Text des polnisch-rumänischen Defensivvertrages. Dabei handelt es sich um ein regelrechtes Bündnis gegen die Bolschewiken. Bulgarische Oppositionsblätter schreiben große Artikel unter der Ueberschrift: „Wohin führt unser Bündnis mit Polen? Will uns die Regierung in einen Krieg verwickeln?“ Die französischen und englischen Militärsachverständigen haben in letzter Zeit eine Art Inspektionsreise in die Standorte der rumänischen Truppen am Dnjester unternommen, sollen aber vom Zustande der Truppen sehr wenig erbauet sein.

Das „friedliebende“ Rumänien. — „Die Dementiersprüche.“

Das Tsch. P. B. in Prag meldet: Die hiesige rumänische Gesandtschaft ersucht uns um Veröffentlichung folgender Meldung: In der letzten Zeit sind Nachrichten über

Die Völkerbundversammlung.

Für ein freies Armenien.

Genf, 21. September. (Wolff.) In der heutigen Völkerbundversammlung gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die Errichtung einer nationalen von der türkischen Herrschaft unabhängigen armenischen Heimstätte verlangt.

Der norwegische Delegierte Ransen erstattete über die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen aus Rußland Bericht, wobei er erklärte, daß es ihm möglich gewesen sei, ungefähr 400.000 Kriegsgefangene heimzubefördern.

Der Freiheitskampf der Iren.

Eine entgegenkommende Antwort Lloyd Georges.

London, 21. September. Presse Association meldet, daß der Premierminister augenblicklich damit beschäftigt ist, eine Form zu finden, die von den Sinnfeinern angenommen werden kann. Wie verlautet, legt Lloyd George großen Wert darauf, den Gebrauch von Worten zu vermeiden, die von den Mitgliedern des Daily Circle falsch ausgelegt werden könnten. Er habe den Wunsch, sein Mittel unverfälscht zu lassen, um eine Konferenz zustande zu bringen, und wolle vermeiden, daß, wenn die Verhandlungen scheitern, die Verantwortlichkeit für den Mißerfolg auf ihn fällt.

Irland soll entschiedene Antwort erteilen.

London, 23. September. (Reuter.) Die Blätter melden, daß in der Antwort, die Lloyd George de Valera wahrscheinlich Mitte nächster Woche senden wird, neuerlich betont sein wird, daß jede Konferenz unmöglich wäre, wenn Irland nicht anerkennt, daß es ein Glied des britischen Imperiums ist. De Valera wird aufgefordert werden, eine entschiedene Antwort zu erteilen, auf welchen Grundlagen er zu verhandeln gedente. Die Note wird nicht den Charakter eines Ultimatus haben, doch wird darin der Wunsch ausgedrückt sein, unnötige Schreibereien zu verhindern.

London, 23. September. Reuter erfährt:

daß zwischen den Bolschewisten von Asserbeidschan und russischen Truppen, die in Baku stehen, ein heftiger Kampf stattgefunden hat. Die Zahl der Toten und Verwundeten beträgt 200.

London, 23. September. (Reuter.) Die

Blätter melden, daß Gunnaris in nächster Zeit nach London zu kommen beabsichtigt, um den Verbündeten die Bedingungen mitzuteilen, unter denen die Griechen bereit wären, mit den Kemalisten Frieden zu schließen.

Wien, 23. September. In Wien ist eine

ministerielle Abordnung Jugoslawiens eingetroffen, um mit der österreichischen Regierung über die Modalitäten zu verhandeln, unter welchen Jugoslawien in die Aufhebung des Generalpandrecht an den Aktiven Oesterreichs einwilligen würde. Die Delegation hatte bereits eine vorbereitende Besprechung im Bundesministerium des Äußern unter dem Vorstehe des Sektionschefs Dr. Schüller.

Gerichtssaal.

Die Dezemberfälle in Oslawan.

Der Oberste Gerichtshof bestätigt das Urteil. Brünn, 23. September. (Tsch. P. B.) Heute um 9 Uhr vormittags fand beim Obersten Gerichtshof die Verhandlung der Richtigkeitsbeschwerden der verurteilten Kommunistenführer Karel Wotaha, Wladimir Burian, Alois Kernunda, Tomas Krasný, Fran-

tisek Sobotta, Frantisek Morel und Adolf Slada, welche bei den Dezemberfällen in Oslawan die Führerrolle gespielt hatten, statt. Die Richtigkeitsbeschwerden wurden, betreffs der Schuldfrage verworfen. Ueber die Berufung betreffs des Strafausmaßes wird das Strafgericht in geheimer Verhandlung entscheiden. Die Entscheidung wird den Vertretern der Angeklagten schriftlich zugestellt werden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der katastrophale Kurssturz der deutschösterreichischen Krone ist am besten aus einem Vergleich der Devisen von Mitte Mai und 16. September dieses Jahres zu ersehen, den wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen. Danach ist der Dollar in der angeführten Zeit von 547 auf 1638, das Pfund Sterling von 3015 auf 6025, der französische Frank von 46 auf 112, der schweizerische Frank von 98 auf 293, die Lire von 30 auf 69, die Mark von 9 auf 14, die tschechische Krone von 8 auf 18 gestiegen. Bloß die polnische Mark ist in dieser Zeit von 0.60 auf 0.33 gefallen.

Der Wert der von Deutschland abgelieferten Schiffe. Die Wiederherstellungskommission teilt mit, daß der Wert der von Deutschland nach dem Versailler Vertrag gelieferten Schiffe auf 740 Millionen Goldmark geschätzt wird.

Tagesneuigkeiten.

Die Angst Italiens vor der deutschen Konkurrenz schildert der Korrespondent des Berliner „Vorwärts“ in einem Artikel des genannten Blattes. Italien ist genötigt, seine Rohstoffe in Ländern mit hoher Valuta zu kaufen, gleichzeitig aber sinkt die deutsche Reichsmark, wodurch sich die deutschen Industrieerzeugnisse verbilligen. Die Konkurrenzfähigkeit der italienischen Industrie wird also gleichzeitig von zwei Seiten angegriffen und kann dem doppelten Angriffe nicht standhalten. In der italienischen Glasindustrie sind die meisten Betriebe geschlossen. Der italienische Filmmarkt wird von deutschen Produkten überflutet. Während 1920 nur 44 deutsche Filme eingeführt wurden, wurden 1921 im ersten Halbjahr 270 eingeführt. 85 Prozent der italienischen Betriebe für die Herstellung von Filmen mußten geschlossen werden. Viel ärger noch ist die Lähmung der italienischen Industrie durch die deutsche Konkurrenz in der Metall- und chemischen Industrie. Als am 1. Jänner 1920 die Grenzen geöffnet wurden, belief sich im ersten Monat die Einfuhr aus Deutschland auf 26 Millionen Lire, dem eine italienische Ausfuhr nach Deutschland für 25 Millionen gegenüberstand. Dann stieg aber die deutsche Einfuhr von Monat zu Monat und betrug im Dezember schon 133 Millionen. Im ganzen hatte Italien aus Deutschland für 821 Millionen eingeführt und nur für 360 Millionen ausgeführt. Im laufenden Jahr dürfte sich die deutsche Einfuhr schätzungsweise auf 1 Milliarde und 300 Millionen erhöhen, die nicht zur Hälfte durch die italienische Ausfuhr nach Deutschland gedeckt werden dürfte. Die Folge dieser Lage der italienischen Industrie ist, daß alle Industriellen nach Schutzzöllen schreien, insbesondere die Metallindustriellen. Andererseits aber ist Italien auf die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten angewiesen und fürchtet, daß die Länder, gegen die es hohe Schutzzölle anwendet, ihrerseits den italienischen Ausfuhrwaren den Eingang in andere Länder verhindern könnten.

Der internationale Weltmarkt. Nach einer Zusammenstellung der New-Yorker „National City Bank“ stieg der internationale Weltmarkt im Jahre 1920 einen Wert von etwa 100 Milliarden Dollar (das sind nach dem jetzigen Kurs 8000 Milliarden tschechischer Kronen) dar, während 1870 sein Wert etwa 10 Milliarden Dollar, 1900 20 Milliarden, 1913 40 Milliarden, 1918 63 Milliarden Dollar betrug.

Die Umwandlung der Vereinigten Staaten aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat veranschaulichen die folgenden Ziffern: Im Jahre 1880 betrug der Anteil der Industrieerzeugnisse an der Gesamtausfuhr 15 Prozent, 1890 21 Prozent, 1900 35 Prozent, 1910 45 Prozent, 1920 52 Prozent. Die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten im Krieg brachte einen derartigen industriellen Aufschwung mit sich, daß zum erstenmal in der Entwicklung Nordamerikas die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkten überwog.

Die amerikanischen Bergarbeiter fordern die Sozialisierung der Bergwerke. Zur Frage der Nationalisierung der Bergwerke in den Vereinigten Staaten bringt Labor folgenden Artikel: Alle Arbeiter sind überzeugt, daß das jetzige System der Betriebsführung vollständig falsch ist. Dreiviertel der im Bergbau beschäftigten Arbeiter sind arbeitslos zu einer Zeit, wo die Bergwerke mit aller Energie daran arbeiten sollten, den Bedarf für den kommenden Winter zu decken. Diese Sachlage bringt es den Bergarbeitern deutlich zum Bewußtsein, daß nur Nationalisierung oder Verstaatlichung der Bergwerke die Lösung der Arbeitslosenfrage bringen wird. Unter dem gegenwärtigen System leiden sowohl die Arbeiter wie die Konsumenten, während die

Eigentümer nur die Preise zu erhöhen brauchen, um während einer Depression entstehende Verluste wieder weit zu machen. Der Vertreter der vereinigten Bergarbeiter in Washington, W. L. James, erklärte, daß auf dem Kongress in Indianapolis am 30. September über Nationalisierung gesprochen werden wird und zwar auf Initiative des Vorstandes ober der Programmkommission (Policy Committee) der vereinigten Bergarbeiter, deren Vorsitzender John L. Lewis ist. Außerdem machte James noch folgende Mitteilungen. Die Bergarbeiter sind jetzt weniger als zwei Tage in der Woche beschäftigt und verdienen wöchentlich im Durchschnitt nicht einmal vierzehn Dollars. Die Arbeitslosigkeit war im amerikanischen Bergbau noch nie so groß. Selbstverständlich ist durch diese Verhältnisse die Verstaatlichung und Demokratisierung der Bergwerke ein aktuelles Problem geworden. Man erwartet von ihr eine Stabilisierung der Kohlenproduktion und dadurch eine Verbilligung der Preise. Alle Forderungen von Seiten der Unternehmer, die Löhne zu reduzieren, wurden von dem Vorsitzenden des Verbandes Lewis im Namen der Bergarbeiter abgelehnt. Die Lohnabkommen, die abgeschlossen worden sind, erlöschen erst am 31. März 1922. Der bevorstehende Bergarbeiterkongress wird vorbereitende Maßnahmen für einen nationalen Streik der Bergarbeiter treffen für den Fall, daß die Unternehmer den

Versuch machen bei Ablauf der bestehenden Abkommen im nächsten März die Löhne herabzusetzen. Der Durchschnittslohn der Bergarbeiter war stets niedrig. Man will die während der letzten vier Jahre gesicherten Ertragsverhältnisse festhalten. In wenigen Industrien sind die Arbeiter so gut organisiert wie im Bergbau. Alle im Bergbau Beschäftigten sind dem Verband der vereinigten Bergarbeiter angeschlossen. Ein Streik bedeutet daher vollkommene Stilllegung der Betriebe.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2796 1/2, 100 Mark 83 1/2, 100 schweiz. Franken 1526 1/2, 100 Lire 363, 100 franz. Franken 629 1/2, 1 Pfund Sterling 331, 1 Dollar 89 1/2, 100 belg. Franken 631 1/2, 100 Peso 1141 1/2, 100 Dinar 164 1/2, 100 Lei 79 1/2, 100 öst. Kronen 5.17 1/2, 100 poln. Mark 2.—, 100 ung. Kronen 12.40 tsch. Kronen.

Kunst und Wissen.

Philharmonische Konzerte. In dem morgen, Sonntag den 25. ds. um 1/4 Uhr nachmittags stattfindenden Philharmonischen Konzert wirken die russischen Künstler Belousov und Borovskij mit. — Um 1/8 Uhr abends dirigiert E. B. Celanovsky ebenfalls ein symphonisches Konzert.

Bruno Walter (München) dirigiert am 27. ds. die Salsche Philharmonie im Smetana-Saal um 7 Uhr abends. Programm: W. A. Mozart: Symphonie C-Dur (Jupiter), C. Mahler:

Symphonie D-Dur. Karten im Vorverkauf und im Büro der Salschen Philharmonie, Wenzelsplatz 47.

Reines Theater. Heute Samstag Aufführung der neuen Schmidboun-Komödie „Die Schauspieler“. Beginn pünktlich 7 Uhr. — Heute 10 Uhr nachts der Operettenstimmant „Die Scheidungsreise“. — Morgen Nachmittags die Hauptmannsche Tragödie „Die Weber“. Anfang 2 1/2. Abends neuinstudiert Bizets „Djamileh“ und Donizettis „Lucia von Lammermoore“.

Ans der Partei.

Die Bezirkskonferenz Elbogen, die am 18. September in Neustadt stattfand, konnte den erfreulichen Bericht des Bezirkssekretärs entgegennehmen, daß die Bezirksorganisation trotz aller Widerwärtigkeiten, die sie in dem verflochtenen Jahre mitzumachen hatte, auf der gleichen Höhe geblieben ist. Nach einem Vortrag des Genossen Bohl über die politische Situation wurde ein Bezirksbildungsausschuß gewählt. Als Delegierte zum Parteitag bestimmte die Konferenz die Genossen Piema und Grundl und die Genossin Gundhammer.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Es ist erwiesen, daß „Derby“ wegen seiner unerreichbaren Qualität die meist gesuchte Schuhcreme ist. Der Grund: Sorgfame Aus-

wahl und Verarbeitung desselben. Jede Dose muß mit der gesetzl. gesch. Marke „Derby-Creme“ versehen sein.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Ejech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

DERBY-CRÈME der feinste Schuhputz!

Die chemische Fabrik „Libenia“, Prag VIII., schreibt für die Konsumenten der „Libenia“-Schuhcreme, „Libin“-Metallputzmittel, „Libenia“-Waschblau

100 Gewinne

am: Haupttreffer K 1000.— entfällt auf die Marke Nr. 100.
II. Treffer K 500.— entfällt auf die Marke Nr. 50.
Acht III. Treffer a K 250.— entfallen auf die Marken Nr. 10, 20, 30, 40, 60, 70, 80, 90.
90 kleinere Treffer: bestehend aus einer Schuhputz-kassette, Bürste, Flanell, Crème usw. entfallen auf die übrigen Marken.

Die Verlosung wird folgend geschehen: In eine jede tausendste Dose „Libenia“-Schuhcreme, „Libin“-Metallputzmittel, „Libenia“-Waschblau, wird vor Zeugen auf den Boden der Dose eine Marke mit Nummer versehen gelegt, welche mit Angabe der genauen Adresse an die chemische Fabrik „Libenia“, Prag VIII., einzusenden ist, worauf der betreffende Treffer umgehend eingesandt wird.

Restaurant „Goldenes Kreuzel“
18 Prag II., Nekazanka 7.
Bürgerliche Küche, erstkl. Biere u. Weine.
Sehenswürdigkeit Prags: „Kreuzelkeller“.

„ELEKTRISACIA“
výrobní družstvo elektromotérů a mechaniků, eingesdriebene Ges. m. b. H.
Prag I., Perštýn 13.
Werkstätte: Žitkov Chlumova ul. 6. Telefon 9381.
Bau von elektr. Anlagen, Einrichtung elektr. Beleuchtungsanlagen, von Antrieben, Telefonleitungen, Blitzableitern, Erzeugung elektrischer Akkumulatoren. 109

Ebermanns
Mundwasser — Zahnpulver
das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64
Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen.
Dr. Ebermann, Prag 619-1.

ABADIE.
Die nächste
Prämien-Verteilung
erfolgt am **30. Oktober 1921.**
10000 Prämien
im Werte von K 250.000 gelangen an **ABADIE** u. **AXA**-Raucher zur Verteilung. Letzter Termin für die Einsendung der Reklamemarken und Zigarettenpapier-Umschläge **15. Oktober 1921.**
Auskunft erteilt das Prämienbureau der „Abadie“ Société à Responsabilité Limitée, Prag VIII., Lipanská 361. Telefon 3832.

Verlanget
in Drogerien und Konsumvereinen
„BRILANTOL“
beste Kleiderstofffarbe.

Meva
Aktien-Gesellschaft für Metallwaren-Industrie
Prag-Smichov

Kautschuk-Stampigellen
erzeugt schnell, gut und billig
Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.

Kassen
feuersichere Bücher- und Dokumentenschränke, Mauer-Safes und Kassetten liefert billigst renommierte Firma
Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag
Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 748

liefert für unsere Konsumvereine:
Haus- und Küchengeräte aller Art, Eisenlässer „Meva“ und „Exzelsior“, verzinkt. Geschirr, Oeler, Lagergefäße, Laternen, Lampen, Beleuchtungskörper, elektrotechn. Hartporzellan, eiserne Oefen usw. 46

Brüder Tauber
Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag-Wysočan.

Sämtliche Druckaufträge
übernimmt 98
Lidová knihtiskárna A. Němec a spol.
(„Pravo Lidu“)
PRAG II., Hyberská 7. :: Tel. 4999.

Ständige Musterausstellung:
SMICHOV, DIVIŠOVA 1.

Zeitungs-Ausschnitte
über alle Wissensgebiete, pol. u. Berufsfragen usw. Tägl. Kontrolle von ca. 1000 Zeitungen des In- u. Auslandes. 68
The Internat. Spectator
Prag II., Panská 9.

Děrobní a nákupní družstvo krejčí in Prag.
Hauptstelle: hyberská ul. Nr. 7.
Lidová dóm. Telefon Nr. 5724.
Erzeugt: 109
Alle Arten von Herren- und Damen-Kleidern in erstklassiger Ausführung aus eigenen u. mitgebrachten Stoffen
Liefert:
Für sämtliche Staats-, Landes- und Stadtämter, öffentliche oder Privat-anstalten und Fabriken, Arbeits- und Strassen-Kleider
in solider Ausführung zu billigen Preisen.
Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

Kuh & Kretsch
Likörfabrik
Teplitz-Schönau.

Für Konsumvereine, Genossenschaften und gewerkschaftliche Organisationen übernimmt zu **Spezialkonditionen** die Import- und Export-Expedition
J. H. BASCH, PRAG
Internationale und Übersee-Transporte. 81

EGGER & Co.,
PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.
FABRIK PHARMATENTISCHER ZUCKERWAREN.
Spezialitäten: 87
Milch- und Kaffee-Karamellen, 140er Peppermint, Prominzen und englische Frucht-Droppes. Zu haben in allen Konsumvereinen.

Likör- und Essig-Fabrik
B. u. L. Windholz, Brünn. 88
Spezialitäten: Curacao Triple Sec-Getreidekummel. „Spaniola Griotte.“

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen
amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen 2
A. Kominik, Prag II., Revoluční 9. Telefon 6514-VIII.

Verlangen Sie überall **Mineraltafelwasser „EXCELSIORQUELLE“**
AUS MARIENBAD.
Generalrepräsentanz für die Čsl. Republik:
Bank für Brauindustrie, Prag II.
Havlíčkovo nám. Nr. 25. 86